Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelexemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

64. Jahrgang | Berlin, den 5. Juni 1926 | Nummer 44

Bekanntmachung

Extraunterstützung für arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder

Der Verbandsvorstand hat beschlossen, aus Anlaß des sechzigjährigen Bestehens des Verbandes in der Verbandstagswoche eine Extraunterstützung zu gewähren.

In Ausführung dieses Beschlusses erhalten alle Empfänger von Reise-, Arbeitslosen-, Gemaßregelten- und Krankenunterstützung für die in die Woche vom 20. bis 26. Juni fallenden Unterstützungstage aus der Verbandskasse den

doppelten Unterstützungssatz

und die im Unterstützungsbezuge stehenden Invaliden 10,— M. Die Invaliden im Sinne des § 39 Absatz 1 der Unterstützungsbestimmungen erhalten auch diese Extraunterstützung nur zur Hälfte.

Den reisenden Kollegen ist ein die Auszahlung der Extraunterstützung deutlich bekundender Vermerk ins Quittungsbuch und am Kopfe der Reiselegitimation einzutragen.

Die Kassierer werden gebeten, diese Extraunterstützungen mit auszuzahlen und auf den für die ordentlichen Unterstützungen bestimmten Quittungsvordrucken mit bestätigen zu lassen.

Berlin, den 20. Mai 1926

Der Verbandsvorstand

Gewerkschaftliche Zeitfragen

II.

In der Annahme, daß die Darlegungen in voriger Nummer über den Aufgabenkreis und die Einflußgrenzen des ADGB. dazu beitragen dürften, einer objektiveren Beurteilung dieser Fragen die Wege zu ebnen, soll nunmehr das gleiche Ziel bezüglich gewisser Pensionsfragen ins Auge gefaßt werden.

Zunächst sei darauf verwiesen, daß z. B. alle Pensions- oder Versorgungsrechte der Angestellten oder Beamten des Staates, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher oder gemeinnütziger Körperschaften grundsätzlich anders zu beurteilen sind als die Pflichten und Rechte aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung. Die Pensionsrechte der ersteren stützen sich in erster Linie auf ein unmittelbares Dienstverhältnis der Bezugsberechtigten oder die damit zusammenhängende Gehaltsreglung und Dienstkarenzen. Die Rechte aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung haben dagegen kein direktes Dienst- oder Arbeitsverhältnis zur Grundlage, sondern nur eine geteilte Beitragspflicht während der Zeit des Verbrauchs der Arbeitskraft der Versicherten im Dienste eines Dritten, der ohne Bezugsberechtigung zur Leistung eines Teils der erforderlichen Beiträge verpflichtet ist. Die Beitragspflicht des Dienstempfängers (Unternehmers) ergibt sich daraus, daß er in der Regel die Arbeitskräfte der Sozialversicherten zu seinen besonderen Gunsten verbraucht, ohne diesen für die Hingabe ihrer Arbeitskraft einen ausreichenden Ersatz in sozialer oder materieller Hinsicht zu bieten, der sie instandsetzen würde, angemessene Rücklagen für die Zeit eventueller Erwerbslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit zu machen. Im einzelnen nachzuweisen, daß auch die Unternehmerbeiträge zu der reichsgesetzlichen Sozialversicherung in der Hauptsache aus dem Verwertungsprozeß menschlicher Arbeitskraft im Produktions- oder Zirkulationsprozeß des Kapitals resultieren, halten wir an dieser Stelle für überflüssig. Wir verweisen nur darauf, weil auch dieser Kreislauf der Dinge bestätigt, daß die Sozialversicherung eine notwendige Folge privatkapitalistischer Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft geworden ist. Die Schwierigkeiten, die einem vernünftigen Ausbau der reichsgesetzlichen Sozialversicherung gemacht werden, sind Giftblüten unsrer heutigen Wirtschaft. Sie zeigen gleichzeitig den Umfang mangelhafter sozialer Pflichterfüllung innerhalb der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Trotzdem wäre es verfehlt, in der heutigen Sozialversicherung gar keinen Fortschritt gegenüber früheren Zuständen und Verhältnissen, die noch kaum ein Menschenalter zurückliegen, zu erkennen.

Eine grundsätzlich andre Stufe sozialer Pflichterfüllung stellen demgegenüber die Versorgungsrechte der im Staats- und Gemeindedienst stehenden Angestellten oder Beamten dar. Indem diese Institutionen infolge einer wenn auch beschränkten Unabhängigkeit von den Tendenzen privatkapitalistischer Profitsucht und sozialer Kurzsichtigkeit ihren Beamten mehr soziales Verständnis in materieller Hinsicht für Zeiten natürlicher Erschlaffung oder Arbeits- und Verdienstunfähigkeit entgegenbringen als das privatkapitalistische Unternehmertum, tun sie teilweise nur das, was auch die andern Verbraucher menschlicher Arbeitskräfte tun sollten und könnten, wenn deren ganze Wirtschaftsform nicht nur darauf zugestutzt wäre, die Lebenshaltung der in ihren Unternehmungen verbrauchten menschlichen Arbeitskräfte so tief wie nur irgend möglich herabzudrücken, um dadurch sich selbst über Wasser zu halten oder ihre Profitrate zu erhöhen. Aus diesem Grunde sind daher Erscheinungen sozialer Art, die über dieses Niveau hinausragen, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus weder zu verurteilen noch zu bekämpfen, sondern im allgemeinen als nachahmenswerte Beispiele zu begrüßen. Daß in den Arbeits-, Lohn- und sonstigen Verhältnissen der Angestellten oder Beamten staatlicher und kommunaler Einrichtungen noch große Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bestehen, ist leider eine bedauerliche Tatsache. Aber auch diese Schattenseiten sind zum größten Teil auf den Einfluß privatkapitalistischer oder rückständiger wirtschaftspolitischer Machtfaktoren innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung zurückzuführen. Insbesondere das Bestreben, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Angestellten oder Beamten in Staats- und Gemeindedienst nicht in zu starken Gegensatz zu den Verhältnissen in der Privatwirtschaft zu bringen, wirkt äußerst hemmend für die Beseitigung solcher Ungleichheiten und Mängel. Denn darüber sollte auch in Arbeiterkreisen kein Zweifel bestehen, daß je besser und gerechter die Arbeits- und Lohnverhältnisse der in Staats- und Gemeindeverwaltungen oder -betrieben Beschäftigten sind oder gestaltet werden, desto wirkungsvoller das Verlangen und Drängen aller Nichtbesitzer von Produktionsmitteln sein wird, den gesamten Produktionsprozeß und dessen Ertragsverteilung auf ähnliche gemeinwirtschaftliche Grundlagen zu stellen. Daraus erklärt sich aber auch der Widerstand des gesamten privatkapitalistischen Unternehmertums gegen staatliche, kommunale und genossenschaftliche Regiebetriebe und die damit verbundene bessere Regelung der Arbeits-, Lohn- und Versorgungsverhältnisse für alle in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

In einer gewissen Parallele zu diesen Fragen stehen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der im ausschließlichen Dienste der Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Partei usw.) stehenden Angestellten. Der ab und zu auftauchende Gedanke, daß für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten der Arbeiterorganisationen als Maßstab nur die vom privatkapitalistischen Unternehmertum in der Privatwirtschaft anerkannten Arbeits- und Lohnbedingungen gelten sollten, enthält gewissermaßen eine Übertragung privatkapitalistischer Tendenzen auf das Arbeits- und Lohnverhältnis der im ausschließlichen Dienste der Arbeiterorganisationen stehenden Angestellten. Erfreulicherweise kommen solche Unternehmertendenzen in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nur selten vor. Soweit dies aber dennoch vorkommt und weniger auf persönliche Charaktereigenschaften als auf begreifliche Unzufriedenheit mit der vom privatkapitalistischen Unternehmertum verschuldeten unsozialen Lohn- und Preispolitik zurückzuführen ist, wird in der Regel ganz übersehen, daß der größte Teil aller Gewerkschaftsangestellten neben den regulären Verwaltungsarbeiten einen fast ununterbrochenen Kampf mit den arbeiterfeindlichen Tendenzen des privatkapitalistischen Unternehmertums zu führen hat, der seine ganze Arbeits- und Lebenskraft in Anspruch nimmt und ihn dennoch fast durchweg nur unter dem Druck unüberwindlicher Schwierigkeiten zwingt, sich mit unbefriedigenden Reglungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse seiner Auftraggeber abzufinden. Es ist daher für jeden Gewerkschaftsangestellten ein besonders hohes Maß von Idealismus und unerschütterlichem Glauben an die Tragkraft der kulturellen Ziele der Gewerkschaften erforderlich, um in dieser allzeit stürmischen Brandung der sozialen Gegensätze nicht den Mut zur Fortsetzung des Kampfes zu verlieren. Leider sind es aber nicht immer nur Hemmungen von seiten des privatkapitalistischen Unternehmertums, die hierbei in Frage kommen. Innerhalb der Arbeiterschaft selbst türmen sich oft mehr als genug Widerstände auf, die das tägliche Brot für die Angestellten oder Funktionäre der Arbeiterorganisationen nicht schmackhafter, sondern mitunter recht sauer werden lassen.

Mit diesem Stand der Dinge wenig vereinbar sind schließlich noch jene Ansichten von Kritikern der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen, wonach z. B. die Leistungen der „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten" auf die gesamten gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen übertragen werden sollen. Denn auch hier kommt in Betracht, daß diese Leistungen auf einer Beitragsleistung entweder der Angestellten oder ihrer Organisationen beruhen, die zurzeit 4 Proz. des Einkommens der Angestellten erfordert. Sollte diese Versicherungsart auf die Gesamtheit aller Gewerkschaftsmitglieder übertragen werden, so wäre dies nur möglich, wenn auch die dementsprechenden Beiträge von allen Gewerkschaftsmitgliedern geleistet werden könnten. Es wären dafür mindestens 6 bis 8 Proz. des Lohnes erforderlich, was bei einem Wochenlohn von z. B. 50 M. einen wöchentlichen Beitrag von 3 bis 4 M. erfordern würde. Daß für die Angestellten der Gewerkschaften, soweit unser Verband in Betracht kommt, die Beitragszahlung für die „Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten" durch den Verband übernommen worden ist, beruht auf einem Beschluß des Hamburger Verbandstages. Damit wurde diese Frage für den Gesamtverband einheitlich geregelt, während vorher unterschiedliche Verhältnisse in dieser Richtung herrschten und die Verbandsangestellten nur persönliche Mitglieder der Unterstützungsvereinigung waren; die Grundlagen dieser Kasse

wurden jedoch durch die Inflation zerstört. Da die Gewerkschaften im allgemeinen, sofern sie nicht eigene Versicherungseinrichtungen für ihre Funktionäre haben, die gleiche Regelung dieser Frage übernommen hatten, war auch für unsern Verband ein andrer Weg nicht leicht möglich, wenn er nicht in der diesbezüglichen Behandlung seiner Funktionäre hinter allen andern Gewerkschaften zurückbleiben sollte. Damit setzen die Arbeiterorganisationen als „Unternehmer" nur selbst in die Tat um, was sie von den Verbrauchern der Arbeitskräfte in der Privatwirtschaft verlangen, von diesen aber infolge ihrer sozialen Rückständigkeit und egoistischen Wirtschaftsform nicht zugebilligt bekommen. Daß es auch in Arbeiterkreisen nicht an Gegnern dieser Versicherung der Angestellten der Arbeiterorganisationen fehlt, ist nicht zu bestreiten; daß diese nur sehr vereinzelt sind, gereicht der Arbeiterschaft sicher nur zur Ehre. Denn Denn nichts könnte den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft auf einen auskömmlichen Lohn, bessere Arbeitsverhältnisse und Versorgung nach dem Verbrauch ihrer Gesundheit und Arbeitskraft grundsätzlich wie materiell mehr schaden als nichtnachahmenswerte Beispiele gerade in solchen Fällen, in denen die Arbeiterschaft selbst als Unternehmer Arbeitern gegenübersteht. Wenn es außerdem unbestreitbar ist, daß unbefriedigende Lohn- und Arbeitsverhältnisse in privaten wie öffentlichen Unternehmungen außerordentlich hemmend auf Arbeitsfreude und -leistung wirken, so wäre es unverständlich, anzunehmen, daß ähnliche Verhältnisse für die Angestellten der Arbeiterorganisationen von entgegengesetzter Wirkung sein könnten. Daß der Aufgabenkreis des größten Teils der Angestellten der Gewerkschaften übrigens in der Regel einer ausnahmsweisen, ja nahezu öffentlichen Kontrolle und Beurteilung unterstellt ist, sich auch fast durchweg nicht nur auf die sogenannten Bureaustunden oder eine täglich nur achtstündige Arbeitszeit erstreckt, sondern oft weit mehr erfordert und nur selten vor Sonn- und Feiertagen haltmacht, das wird zwar jeder mit grundsätzlicher Treue im Dienste der Arbeiterschaft tätige Angestellte als eine Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit beurteilen, verdient jedoch nicht unerwähnt zu bleiben.

Damit wollen wir diese Betrachtungen schließen. Sie dürften nach ihrem ersten Teil dazu beitragen, daß sowohl bezüglich Wollen und Können des ADGB. eine objektivere und mit den Realitäten in Wirtschaft und Politik weniger theoretisch belastete Beurteilung Platz greift, wie auch bezüglich der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen die heutzutage noch bestehenden Grenzen eine grundsätzlich und wirtschaftlich einwandfreiere Beachtung finden. Sollte sich daraus noch ergeben, daß die Beurteilung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Kollegenschaft und der zum Dienst für sie berufenen Vertrauenspersonen oder Funktionären von da und dort erkennbar gewordenen Schlacken gereinigt wird, dann dürften auch diese Darlegungen das Gefüge unsrer Organisation im Interesse aller Kollegen nur noch besser als bisher festigen.

Der Volksentscheid

am 20. Juni soll auf verfassungsmäßiger Grundlage zum Ausdruck bringen, daß Kreise, die nur auf Kosten andrer Menschen ein üppiges Leben führen wollen, kein Recht mehr haben sollen, das deutsche Volk auch fernerhin noch auszubeuten.

Für ein solches Volksurteil nach besten Kräften zu wirken, ist Pflicht aller Volksgenossen, insbesondere aber der Arbeiterschaft, die von den ehemaligen Herrschern und ihrer Sippe nur als Knechte beurteilt und behandelt worden sind!

Jubiläum des Verbandes und Verbandshaus im Urteil der Presse

Dem Verbande der Deutschen Buchdrucker hat sich gelegentlich seines 60jährigen Bestehens am 20. Mai d. J. das Interesse der Öffentlichkeit in hohem Maße zugewandt. In zahlreichen Glückwünschen, die dem Verbandsvorstande auf schriftlichem und telegraphischem Wege von Körperschaften und Vereinen (darunter auch von der Prinzipalsorganisation) sowie von Mitgliedschaften und Einzelpersonen zugingen, kam einmütige Anerkennung der sozialen und kulturellen Wirksamkeit unsrer Organisation zum Ausdruck. Aber auch zahlreiche Tageszeitungen im Reiche lenkten ebenso wie die gesamte maßgebende Fachpresse in Artikeln und Notizen die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf die vor sechs Jahrzehnten erfolgte Gründung und das vorbildliche Wirken der Berufsorganisation der Buchdrucker. Selbstverständlich gedachten auch die politischen Arbeiterzeitungen und die Gewerkschaftspresse des wichtigen Zeitabschnitts der Organisationsarbeit der Buchdrucker. Es fehlt uns, so kurz vor unserm Verbandstag, an dem nötigen Raum zur Wiedergabe einzelner Pressestimmen. Zusammenfassend aber sei gesagt, daß darin völlige Einmütigkeit zum Ausdruck kommt, über das ersprießliche Wirken des Buchdruckerverbandes für die moderne Arbeiterbewegung. Seine hinsichtlichen Einrichtungen wurden für die deutsche Gewerkschaftsbewegung vorbildlich, in der Tariffrage wirkte er bahnbrechend, Disziplin und opferwillige Solidarität seiner Mitglieder sind mustergültig — so klingen sinngemäß fast alle Artikel aus, und auch der Wunsch wird laut, daß sich die andern Gewerkschaften in der gleichen Weise entwickeln und festigen mögen wie der Buchdruckerverband. Die „Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschloß ihre Jubiläumsnotiz in ihrer Nummer vom 29. Mai mit folgenden Sätzen: „Das Jubiläum des Buchdruckerverbandes ist ein leuchtendes Vorbild für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung. Möge es ihr zeigen, wohin Kraft und Geschlossenheit, gepaart mit Mäßigung und kluger Leitung, führen. In diesem Sinne dem Verbande unsre herzlichsten Glückwünsche."

In nicht wenigen Pressestimmen zum Verbandsjubiläum wurde auch der jüngst vollendete Bau unsres Verbandshauses als ein Wahrzeichen der Kraft und Arbeit des Buchdruckerverbandes apostrophiert. Mit vollem Recht, denn die Errichtung dieses stolzen Eigenheims ist nach allgemeinem Urteil eine Tat zu nennen, wie sie würdiger gar nicht zu denken ist am Abschluß einer sechs Jahrzehnte langen Organisationsperiode. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die bis jetzt erschienenen Äußerungen von Zeitungen und Zeitschriften der verschiedensten Art über das Verbandshaus lebhaftem Interesse bei unsern Mitgliedern begegnen werden, bringen wir die bemerkenswertesten Berichte hier zum Abdruck. Als eine der ersten schrieb die „Weltbühne", eine literarisch-künstlerische Zeitschrift, in ihrer Nummer vom 2. März d. J. über „Das Haus der Buchdrucker":

„Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat sich in der Dreibundstraße, dicht am Tempelhofer Feld, ein Haus gebaut — mit Wohnungen im Vordertrakt, mit Druckerei, Bureaus und Sitzungssaal im Hoftrakt —, das eine vorbildliche Leistung ist. Nach so vielen ärgerlichen Mißgriffen in der Geschichte der Gewerkschaftsbauten — Hamburg, Leipzig, Engelufer in Berlin — hat endlich einmal eine große Arbeiterorganisation ihren Baumeister aus der vordersten Reihe der Modernen geholt und den ersten Gewerkschaftsbau geschaffen, der klarer, reiner und bestimmter Ausdruck seiner Gattung ist. Die Buchdrucker haben den Auftrag an Max Taut gegeben, der nach dem Bau des Hauses für den Gewerkschaftsbund an der Inselbrücke unbedingt der richtige Mann war. Max Taut hat sich noch wesentlich über jenen Bau hinaus entwickelt in der Richtung, die die zuletzt dort durchgeführten Teile erhoffen ließen. Seine von allen Formeln, Motiven und Interessantheiten absehende Gesinnung baute ein Haus, das sich als vollkommen überzeugender, urgesunder Organismus frisch, lebendig und kraftvoll darstellt — und keinerlei andern Mitteln als architektonischen seine starke Wirkung verdankt. Immer wieder lassen sich auch bessere Beurteiler architektonischer Pläne durch pittoreske Wirkungen des Zeichenstifts auf dem Papier blenden — durch malerische Wirkungen, die am ausgeführten Bau oft ganz verpuffen. Max Tauts Zeichnungen sind sehr nüchtern, aber im ausgeführten Bau ist ein unmittelbares, spannungsreiches Leben zwischen Flächen und Öffnungen, Hell und Dunkel, Horizontalen und Vertikalen, Konstruktionsteil und Füllung, Glatt und Stumpf, Vor und Zurück, Farbe und Nicht-Farbe, Backstein, Eisen, Holz und Beton, Wirklich: diese Hauswand, die nichts mehr von ‚Fassade' hat, sollte in ihrer Gegend, wo es noch so viel zu bauen gibt, Schule machen. Wie muffig, träge, wie entsetzlich melancholisch stehen rundum die öden Klunkerfassaden! Hoffen wir, daß das Buchdruckerhaus den Bewohnern dieses Viertels einen neuen Maßstab gebe der Frische, der Helligkeit, der Straffheit und Einfachheit. Ganz unbedingt wird von den Werkräumen eine starke Einwirkung auf die darin arbeitenden Menschen ausgehen. Kein Wort des Lobes ist zu hoch für diese Arbeitssäle. Daß sie hell, sauber und bequem sind, das ist selbstverständlich. Aber daß sie es gleichsam bewußt sind, daß sie es sind als einheitliche und sinnvolle Gestalt, in der zwischen Maschine und Wand und Raum eine in den Relationen der Masse, der Form, der Farbe sich auswirkende aktive Beziehung besteht: das ist eine Prachtleistung. Die Buchdrucker haben vor kurzem in ihren ‚Typographischen Mitteilungen' ein Sonderheft: ‚Elementare Typographie' herausgebracht, das ihren hohen Ehrgeiz und ihre moderne Gesinnung bezeugte. Mit ihrem Haus aber haben sie ein Vorbild gegeben, hinter dem kein Bau der Gewerkschaften und der Arbeiterorganisationen mehr zurückbleiben darf."

In der „Vossischen Zeitung" widmete der namhafte Kunstkritiker Max Osborn „Max Tauts neuem Bau" die folgende ausführliche Besprechung: „In der Dreibundstraße in Neu-Tempelhof, gleich am südlichen Ausgang des Untergrundbahnhofs Kreuzberg, ist jetzt das neue Verbandshaus der deutschen Buchdruckergewerkschaft vollendet und in Dienst gestellt. Es ist ein Beispiel und Denkmal der

Zur Führerfrage

Je nach den Zeitverhältnissen wird von einer besonderen Art von Führern gesprochen. Zurzeit sind dies: Führer des Staates und Wirtschaftsführer. Unter den Führern des Staates werden allgemein die Minister des Reichs oder der Länder verstanden, manchesmal auch die ersten Minister (etwa Ministerpräsidenten). Als Wirtschaftsführer gelten die ersten Leiter (Besitzer, Generaldirektoren) großer Werke. Der Begriff „große Männer" ist unklarer, weniger faßbar als der Begriff „Führer". Zu den großen Männern gehören hervorragende Maler, Schauspieler, Musiker, Schriftsteller; Führer sind aber mehr die Menschen, die etwas verwalten, leiten, die etwas unternehmen, anordnen und durchführen, was wirtschaftlicher Art ist. Zu den Wirtschaftsführern können auch hervorragende Wirtschaftspolitiker gezählt werden. Sie bringen Richtung und Ziel in die wirtschaftlichen Bestrebungen hinein.

Führen heißt volkstümlich ausgedrückt: Vorangehen, leiten, ans Ziel bringen. Ohne Ordnung, Einordnung, Plan und Ziel ist keine erfolgreiche Führung möglich. Der Führer wird entweder in ein schon bestehendes Gefüge, in eine schon bestehende Ordnung hineingewählt, oder er wird damit betraut, ein neues Gefüge zusammenzubringen, oder er schafft aus eigener Einsicht, eigenem Antrieb ein Gebilde von Menschen, denen er die Richtung und das Ziel gibt, denen er die Mittel zur Erreichung des Zieles zeigt. Führer sein heißt Menschen um sich sammeln, ihnen Gedanken eingeben und mit ihnen zusammen auf die Verwirklichung dieser Gedanken hinwirken. Neue Gedanken, neue Pläne und neue Ziele können auch aus den Geführten herauskommen, und der Führer kann die Aufgabe erhalten, diese Pläne durchzuführen, die Arbeiten zu leiten und zu einem guten Ende zu bringen.

Auf den Tagungen der Spitzenverbände, Berufsverbände, Genossenschaften, Parteien, der Gesundheits-, Sport-Spiel- und Geselligkeitsvereine, der Wohlfahrtsvereinigungen, der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen, der nationalen und internationalen Vereinigungen werden immer von neuem die Aufgaben und Ziele durchgesprochen und Beschlüsse gefaßt. Das ist im allgemeinen eine Beschreibung und Umschreibung der Aufgaben, eine andre Sache ist die Ausführung der Beschlüsse. Wenn die Aufgaben auch noch so genau gegeben sind — jemand, der sie anordnet, ins Werk setzt, sie leitet und durchführt, muß dasein. Ein Führer oder verschiedene Führer müssen die Beschlüsse mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln, Helfern und Helfershelfern ausführen. Sie müssen (bildlich gesprochen) das ihnen anvertraute Schiff möglichst wohlbehalten durch alle Fährnisse hindurchsteuern. Dazu brauchen sie eine gewisse Freiheit. Sind sie durch Beschlüsse und Normen zu sehr eingeengt, dann können sie ihre eigenen Einsichten, ihre eigenen Kräfte nicht recht entfalten. Sie fühlen sich gehemmt und gebunden und können für ihre Auftraggeber nicht das leisten, was sie bei größerer Freiheit leisten könnten. Sind aber die Ziele, die Mittel und Wege dahin zu sehr dem Belieben der Führer anheimgegeben, dann besteht die Gefahr der allzu willkürlichen Handlung.

Solche willkürlichen Handlungen schlagen zum Vorteil aus, wenn die jeweiligen Führer kenntnisreiche, gewandte und gewissenhafte Menschen sind. Sie werden sich zum Nachteil der Auftraggeber auswirken, wenn es an den erforderlichen Eigenschaften fehlt. Gewisse Bindungen: Vorschriften, Grundlagen, Regeln, Aufgaben, müssen immer gegeben werden, die Frage ist aber: wie weit die Auftraggeber hierin gehen sollten. Besonders fähige Führer werden sich nicht zu sehr einengen lassen, sie werden lieber verzichten, als „Puppen" zu sein. Weniger fähige Führer werden es auch mit den schönsten Vorschriften nicht weit bringen. Zu bedenken ist immer, daß das gewünschte Ziel erreicht wird. Das ist nun einmal nicht mit Vorschriften allein zu machen, der fähige Führer oder die fähige Führerin, der Gestalter oder die Gestalterin setzt die Kräfte zur Verwirklichung in Bewegung. Vorschriften sind Anhalte, Wegweiser zum Ziel. Auch der befähigtste Führer wird klare, eindeutige und ausreichende Vorschriften wünschen. Sie engen ihn da und dort einmal ein; aber sie schützen ihn auch gegen ungerechtfertigte Angriffe. Jede Sache hat eben ihre zwei Seiten, und sie müssen betrachtet, beachtet und zweckmäßig beurteilt werden. Wer in der Führerschaft viel Freiheit hat, setzt sich vielen Angriffen aus; wer eng gebunden ist, kann sich mit Recht auf die engen Bindungen berufen. Bei allen Auseinandersetzungen über „Führer und Geführte", „Führer und Massen" muß all dies beachtet werden. Jeder Schritt, der in jener Richtung unternommen wird, muß wohl überlegt werden.

Wer schon lange Führer ist, erlangt dadurch eine gewisse Überlegenheit. Der Führer lernt beim Führen wie der Lehrer beim Lehren (wer lehrt lernt). Er lernt an den Menschen, wie sie sich bei gewissen Anlässen verhalten, wie sie zueinanderkommen und auseinanderstreben, wie und wodurch sich Gruppen bilden, wie sie zusammengehalten und ihre Kräfte zur Erreichung eines Zieles wirksam gesteigert werden können. Im Anfang der Führerschaft reizt das stark an, allmählich stumpfen diese Antriebe ab. An die Stelle des etwas auflodernden Anfangs tritt allmählich eine gewisse Abkühlung, meist eine reifere Beurteilung der Menschen, ihrer Lebens-, Berufs- und Gesellschaftsziele. Die Jugend drängt nach und vor. Sie sieht die Ziele mit andern Augen an, begehrt sie heftiger, setzt stärker an. Dabei lernt sie, daß die Angelegenheiten des Lebens nicht so übers

aus dem Geist der Gegenwart erwachsenen Architektur geworden, das allgemeine Beachtung fordert. Max Taut, der schon bei seinem Verwaltungsgebäude des Gewerkschaftsbundes in der Wallstraße gezeigt hat, wie er solche Aufgaben anzufassen weiß, hat hier ausgezeichnete Arbeit geleistet. Was dem Bauwerk sein wohltuendes Gepräge gibt, ist die absolute Klarheit und saubere Sachlichkeit in Entwurf und Durchführung. Es galt, den Zentralsitz einer großen Arbeiterorganisation zu schaffen. Dabei war selbstverständlich Einfachheit Gebot. Alles mußte auf den schlichten Ausdruck des Zwecks gestellt sein und hieraus, aus dem handwerklichen Sinn, mit dem solides Material verwendet wurde, aus der Präzision des Ineinandergreifens der Teile, Schmuckwirkung und künstlerischen Eindruck gewinnen. Verschiedenartiges mußte unter einen Hut gebracht werden. Das Vorderhaus zunächst enthält Wohnungen für Gewerkschaftsangestellte und einige Arbeiter. 18 Wohnungen völlig gleicher Größe und Gestalt: drei Zimmer, eine Kammer, Küche, Bad. Im Erdgeschoß sind Läden ausgebaut, vor allem für den Bildungsverband der Buchdrucker, der neben seinem Ladenraum einen wunderhübschen Ausstellungssaal aufweist — die kunstreichen Druckproben, Titelblätter, Handzeichnungen, die man hier findet, legen Zeugnis für ernste und kluge Unterweisung ab. Taut hielt diese Fassade in gelben Verblendsteinen. Dazu steht vortrefflich der blaue Anstrich an den Holzteilen der Läden und an den Balkons der Wohnungen. Die graue Betonverschalung der breiten Durchfahrt zum Hof aber stellt die Verbindung mit dem rückwärtigen Querbau dar, dem Kern des Ganzen. Dies ist ein ganz aus durchsichtiger Betonkonstruktion entwickelter Trakt. Man sieht die Strebepfeiler, die der Eisenbetonbau mit den Kirchen der Gotik gemein hat. Man sieht die Bügel und Brücken, die oben übergreifen und in denen die Decken der Geschosse hängen. Niedrige Verbindungsteile begrenzen den Hof links und rechts; dort Kantine, Wohlfahrtseinrichtungen, Bäder, hier Verlag des Bildungsverbandes und die Redaktion des „Korrespondent". Anschließend daran steigen die Treppenhäuser auf, durch mächtige Fenster, die sich rings herumziehen, ganz hell und offen gehalten, fast wie Glasbauten; man sieht von weitem den munteren Betrieb, der hinauf- und herabgeht. Das Haupttreppenhaus rechts ist mit schwarzer Keramik ausgelegt, die weiter oben rote und gelbe Einlagen erhalten hat. Mit dem Messingwerk der Türen und des Fahrstuhls, mit dem polierten dunkelgrauen Beton der Treppe selbst, der sich vorzüglich macht, ergibt das einen satten und angenehmen farbigen Akkord. Freundlicher noch und origineller ist das Arbeitertreppenhaus drüben: in Gelb und Rot, mit schwarzem Eisengeländer. Die überall angebrachte, maschinell wirkende Art der Röhrenbeleuchtung ist hier besonders lustig verwertet; von dem roten Plafond oben hängt ein langes schwarzes Gasrohr bis nach unten herab, um die Leitungsdrähte zu tragen und jeweils an die seitlich angebrachten Leuchtröhren abzugeben. Der große Bauteil enthält im Erdgeschoß die Druckerei der Gewerkschaft. Ein Musterbetrieb, der aber richtig geschäftlich geführt wird. Und eine Musteranlage auch in der blitzenden Propperkeit des Flachdruckraales mit seinen kräftigen Betonpfeilern und -rippen in weißem Schleiflack, mit seinen freundlichen Durchblicken und rot-schwarzen Fensterrahmen und Türen, weiter des Handsetzersaales, des Raumes der Rotationsmaschine, der Buchbinderei. Mit Genuß verfolgt das Auge, wie hier durchweg und in den Nebenräumen, zu denen auch durch die Stockwerke verstreute Badeeinrichtungen gehören, alle Bauglieder und Details; logisch und praktisch verbunden, ihre Funktion im Ganzen betonen. Die Mittelstockwerke enthalten die Bureaus. Hell und freundlich die Zimmer, in verschiedenen Farben gestrichen. Oben aber öffnet sich, neben kleineren Beratungszimmern, der große Sitzungssaal, in dem nun das offene Gefüge der Betonbalken gleichsam den Schlüssel der gesamten technischen Errechnung bietet (die Tauts Mitarbeiter Franz Hoffmann besorgt). Die Gewerkschaft der Buchdrucker hat in Wochenbeiträgen von 20 Pf. die bedeutenden Mittel zu dem Gesamtbau zusammengebracht; die Ausstattung des großen Saales aber stifteten die 22 Gaue des Verbandes. So konnten verfeinerte Ausstattungskünste aufgeboten, die Wände mit amerikanischem Teakholz verkleidet, die interessanten Mattglaskonstruktionen der Beleuchtungskörper ausgeführt werden, bei denen die Röhren in hohlen Glasrinnen liegen, während ihr Licht durch flache Platten darüber reflektiert und verteilt wird. Der Saal hat mächtige Fenster zu beiden Seiten, und nach Norden ist ihm eine breite Veranda vorgelegt, von der der Blick über die Bäume der Kreuzberganlagen und über die Türme und Kuppeln der endlos sich ausbreitenden Stadt schweift — eine Aussicht, wie sie nicht viele Berliner Häuser aufzuweisen haben. Nur an wenigen Stellen weisen die streng gebildeten, kubisch geschichteten Partien des Bauwerks besonderen Schmuck auf. Der Bildhauer Rudolf Belling lieferte ihn, durchaus dem Geist der Tautschen Architektur angepaßt. Im Treppenhause ließ er in die Wand ein plastisches Buchdruckerwappen ein, etwa in den Überschneidungen kubistischer Gemälde gehalten, wobei sich sehr eigenartig bekannte Instrumente und Motive, Druckerballen, Manuskripthalter, Winkelhaken u. a., in Keramik und Metall ausgeführt, miteinander verbinden. Im Vorraum des Sitzungssaales brachte Belling, wieder aus einem originellen Gedanken, einen Brunnen mit Röhren und Messingkugeln an, der vorzüglich in das Ingenieurtum des ganzen Hauses paßt. In dem Saal selbst aber baute er an der westlichen Schmalwand, dem Eingang gegenüber, einen dekorativen Streifen ein, der namentlich bemerkenswert ist. Die Gewerkschaft wollte hier das Bildnis ihres Begründers Richard Härtel sehen, der vor sechzig Jahren den Grundstein zu dem Riesenbau des Verbandes legte. Wie zog sich Belling aus der Affäre? Er erfand ein Gebilde von silbernem Schimmer, Metall auf keramischer Unterlage, und ließ hier das Antlitz des Verehrten in außerordentlich feinfühliger Manier gleichsam als Silbermaske plastisch hervortreten, völlig und streng ornamental ersonnen und gleichwohl real-ähnlich in der Wirkung. Ein Spruchstreifen in Silber, asymmetrisch angelegt, begleitet den Kopf. Das ganze Bauwerk mit allen Details liefert den schönsten Beweis, wie man konsequent den Forderungen moderner Anschauung und geläuterten Geschmacks folgen, den Sinn einer Aufgabe im tiefsten erfassen und zugleich wohnlich, behaglich, verständlich wirken kann. Taut hat sich hier noch erheblich freier entfalten können als in der Wallstraße, wo das Eckgrundstück ihn einengte. Einen Teil des Verdienstes an der vorbildlichen Lösung aber darf man wohl auch den Bauherren zumessen, der Leitung der Gewerkschaft, die so unbefangen und vertrauensvoll ihre Künstler walten ließ."

Die sonst noch vorliegenden markantesten Beurteilungen unsres Verbandshausbaues gedenken wir in der nächstfolgenden Nummer der Kollegenschaft abschließend zur Kenntnis zu bringen.

Kalte Sozialisierung

Den nach Beendigung des Krieges von weiten Volksschichten stürmisch erhobenen Sozialisierungsforderungen entsprechend wurde in Artikel 156 der Verfassung dem Reiche das Recht zugestanden, durch Gesetz für die Vergesellschaftung geeignete privatwirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überzuführen. Unter Bezugnahme hierauf sind die sogenannten Sozialisierungsgesetze über die Kali-, Kohlen-, Wasser- und Elektrizitätswirtschaft erlassen worden. Besondere Auswirkungen haben die dahingehenden verfassungsmäßigen und gesetzlichen Vorschriften aber bis jetzt nicht bemerkbar werden lassen. Dem deutschen Kapitalismus ist es, unterstützt durch die der Sozialisierung ungünstige Wirtschaftslage, nicht nur gelungen, die auftretenden Sozialisierungsforderungen abzuwehren, sondern zunächst auch zum Verstummen zu bringen.

Bei dieser Abwehr blieb der Kapitalismus nicht stehen. Die für ihn günstige politische und wirtschaftliche Situation benutzend, wie sie namentlich durch die Zersplitterung der Arbeiterbewegung geschaffen wurde, ging er alsbald zum Gegenangriff über. Gegenstand dieses Angriffes waren die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen des Reichs, der Länder und Gemeinden, die teils vor dem Kriege, teils während desselben als Reaktion auf die kapitalistischen Monopol- und Ausbeutungsbestrebungen entstanden waren. Sie erfuhren die heftigste Bekämpfung; an ihrer Tätigkeit und Geschäftsführung wurde kein gutes Haar gelassen. Am schärfsten wurde dieser Kampf während der Inflationszeit geführt, wo die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hart um ihre Existenz zu ringen hatten. Der Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse dienend, mußten sie der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung Rechnung tragen. Es war deshalb ausgeschlossen, daß sie die verbraucher- und wirtschaftsschädigenden Methoden in Anwendung bringen konnten, die es dem Kapitalismus selbst in jener Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs möglich machten, sich auf Kosten der breiten Volksschichten zu bereichern. Gerade aber dieses soziale Verhalten der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wurde ihnen von den kapitalistischen Gegnern als Sünde angerechnet. Es diente als Beweis, daß die gemeinwirtschaftliche Unternehmungsform nicht genügend anpassungsfähig, durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt und der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise unterlegen sei.

Mit dieser Beweisführung verband sich die Forderung auf Beseitigung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen oder mindestens Umwandlung ihrer Geschäftsführung in die gemischtwirtschaftliche Unternehmungsform. Das hieß nichts andres, als die Hereinnahme und Beteiligung des Privatkapitals, die Auslieferung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen an den Kapitalismus und damit die Zerstörung aller Ansätze zu einer sozialistischen Entwicklung. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Der gemeinwirtschaftliche Gedanke hatte doch schon zu stark Wurzel gefaßt, als daß er so ohne weiteres ausgerottet werden konnte. Die Absichten des Kapitalismus scheiterten an dem ihnen aus fast allen Volkskreisen entgegengesetzten Widerstand. Hierzu führte auch der sehr bald auf die Währungsstabilisierung folgende Zusammenbruch einer Anzahl während der Inflationszeit entstandener großkapitalistischer Konzerne, der in überzeugendster Weise die Hinfälligkeit der Angriffe gegen die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen demonstrierte. Aber auch die sonstigen kapitalistischen Unternehmungen lieferten diesen Beweis. Denn während die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen sich in verhältnismäßig kurzer Zeit von den Nachwirkungen der Inflation erholten, konnten sich zahlreiche privatkapitalistische Unternehmungen nur mühsam durch Einräumung öffentlicher Kredite und Subventionen am Leben erhalten. Der Kampf gegen die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wurde eingestellt.

Damit hat der Kapitalismus jedoch keineswegs endgültig auf die Bekämpfung der öffentlichen Gemeinwirtschaft verzichtet. Er kann und darf es nicht, da diese in ihren Ergebnissen nicht nur seine Gemeinschädlichkeit, sondern auch seine Überflüssigkeit nachweist. Der Kampf des Kapitalismus gegen die öffentliche Gemeinwirtschaft ist nicht mehr und nicht weniger als ein Kampf um seine Existenz! Die Herrschaft des Kapitalismus geht mit dem Augenblick zu Ende, wo die Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten wie der sonstigen Verbraucher zu der Überzeugung gelangen, daß die kapitalistische Produktion und Warenverteilung durch die gemeinwirtschaftliche ersetzt und abgelöst werden kann. Diese Überzeugung muß sich um so schneller und weiter verbreiten, je besser die Ergebnisse der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen sind und je stärker

---

Knie gebrochen werden können. In den Augen der Stürmer ist diese Einsicht das erste Kennzeichen, daß die so Denkenden anfangen, alt zu werden. Wer nicht für das Stürmen zu haben ist, gilt den Stürmern mehr oder weniger als Abtrünniger. Auf diese Art wird leicht das Ziel vergessen, übersehen oder daran vorbeigestürmt, oder das Stürmen wird Selbstzweck. Es wird gestürmt, und erst, wenn eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, taucht die Frage nach dem Zweck des Stürmens auf. Auf das Ziel und auf die Erreichung des Ziels kommt es an, nicht auf das Stürmen. Daß die richtigen Mittel zur richtigen Zeit angesetzt werden, das ist wichtig. Daß das Ziel menschlich vernünftig, zweckmäßig, fördernd ist, das ist zuerst zu bedenken. Wer die Grenzen des Möglichen und Erreichbaren nicht sieht, gelangt nicht ans Ziel, er schießt darüber hinaus oder daran vorbei. Die Kunst der Führung ist immer, das Mögliche möglich zu machen. Ob es sich um höheren Lohn oder Gewinn, Einfuhr oder Ausfuhr, Gesundheit und Leben, Berufsverbände oder Aktiengesellschaften handelt, stets ist der sachkundige Führer dabei, das Mögliche zu ermöglichen. Aber was das Mögliche ist, kann nicht so ohne weiteres gesagt werden. Sache der Führer ist es, dieses Mögliche zu bedenken, das gründlich Bedachte den zu Führenden vorzutragen.

Nach alledem können wir die Führer auch in Neuerer und in Sachwalter einteilen: die neugestaltenden Führer und die verwaltenden Führer. Wer mit eigenen Gedanken eine neue Führerschaft begründet, hat andres zu leisten als der, der in ein schon bestehendes Gefüge hineingewählt wird. Eine beachtenswerte Gruppe sind die Führer der Führer (in den Parlamenten die Vorsitzenden der Parteien, in größern Unternehmungen die Generaldirektoren, bei den Genossenschaften und Berufsverbänden die Spitzenvorsitzenden).

Führung ist Beherrschung der Verfahren: Viele zusammenzubringen zu einem wirkungsvollen Ganzen. Im kleinen Kreise kann sich jeder äußern, in sehr großem ist dies unmöglich. Professor Friedrich Wieser schreibt hierüber: In einer Versammlung von Tausenden oder nur von Hunderten dürften nicht alle reden, wenn man überhaupt zu Ende kommen wolle. Die große Mehrheit müsse stillsitzen, wie schon der Name Sitzung besage, und müsse schweigen, während bloß die Wortführer redeten. Das Zuhören bringe es leicht mit sich, daß man auch auf das selbständige Überlegen verzichte, man folge dem Redner auf dem Wege, den dieser einzuschlagen für gut finde, um zu den gewünschten Zielen zu gelangen. Durch Ausschüsse und Unterausschüsse suche man die Gedanken derer, die nicht sprechen können, zu erfassen. Allenfalls würden noch besondere Berichter zur Klärung beitragen.

Eine besondere Gruppe der Führung ist die namenlose oder unbekannte. Manche Menschen scheuen die Öffentlichkeit, sie entwickeln große Gedanken, haben Schüler und wirken auf das Denken andrer Menschen ein, ohne als Führer bekannt zu sein. Es gibt aber auch eine Führung, die nicht führt, sondern die geschoben wird, die sich schieben läßt oder geschoben werden muß, die erst führt, wenn sie dazu gedrängt wird. Und manche können nur führen, wenn sie einen zum Führen begabten Privatsekretär haben. Den Namen hat der nach außen bekannte Führer; in Wirklichkeit ist „die rechte Hand" (Privatsekretär) der Führer oder der leitende Kopf. Diese Art der Führung kann auch auf Arbeitsteilung beruhen: der zum öffentlichen Auftreten Befähigte macht sozusagen den Außendienst, der gedankenreiche, planvolle Denker macht den Innendienst. Beide gehen zusammen, sie ergänzen sich. Ober- und Unterführer sind nach außen meist durch ihre Namen erkennbar. Der Werkmeister ist dem Betriebsleiter untergeordnet und der Vorarbeiter dem Werkmeister, der Gaubeamte ist Unterführer, der Landes- oder Reichsleiter ist Oberführer. Eine Art Nebengruppe bilden die Vertrauensleute. Sie sind Beobachter, Ratgeber zur besseren Ausgestaltung der Führung. Ihre Vorschläge werden oft zu Vorschlägen der Führung. Führerkraft ist im einzelnen Menschen, Führerwissen entstammt vielen Helfern. Welches aber ist der Maßstab für die Beurteilung der Führerfähigkeiten?

Der Erfolg ist es! Wer Erfolg hat, wer viele Erfolge für sich buchen kann, wer im Entscheidenden vorwärtskommt, dem sind die Führerfähigkeiten schwer zu bestreiten, und die Massen (die manchesmal als so urteilslos bezeichnet werden) haben ein Auge für den Erfolg. Wenn sie auch nicht alle Einzelheiten, die zum Erfolg führen, erkennen und zu beurteilen vermögen, über Erfolg und Mißerfolg lassen sie sich nicht hinwegtäuschen. Auch Professor Friedrich sagt, daß es Torheit sei, der Masse den Beruf abzusprechen, über die Leistung des Führers zu entscheiden. Wohl könne der einfache Mann aus dem Volke die Idee des Führers nicht in Worten wiedergeben, noch weniger könne er über sie in Worten urteilen, dennoch helfe er mit, über sie zu entscheiden, indem er, soweit es seinem Lebensberuf angemessen sei, seine Taten danach einrichte. So sei alles, was die Probe der Massenvollziehung nicht aushalte, wider die Natur des Menschen oder sie gehe über menschliche Kräfte. Daraus ergibt sich im großen und ganzen: Wer nach billigem Beifall ringt, wird erkannt und ausgestoßen. Führer sein heißt die Pflicht haben, möglichst Belangreiches zu leisten. Ist es aber geleistet, dann haben die Geführten die Pflicht, es anzuerkennen. Wie die Führer nicht auf billigen Beifall ausgehen sollen, so sollen die Geführten die Leistungen der Führer nicht durch Nörgeleien verstimmen. Führer und Führung zum Wohl des einzelnen und der Gesellschaft, das soll unsre Losung sein! F. A. B.

die mit dem kapitalistischen System verbundenen Mißstände den ausgebeuteten Volksschichten fühlbar werden. Das ist bei der von den kapitalistischen Kartellen betriebenen Preistreiberei und Lohndrückerei bereits in erheblichem Maße der Fall.

Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß der Kapitalismus zu einem neuen Kampfe gegen die öffentliche Gemeinwirtschaft rüstet. Wie die „Deutsche Sparkassenzeitung" erfährt, geht aus vertraulichen Mitteilungen der beteiligten Verbände hervor, daß unter dem Schlagwort „Kalte Sozialisierung" eine große, von langer Hand vorbereitete Aktion geplant wird, wie sie in solchem Ausmaße im wirtschaftlichen Leben Deutschlands bisher noch nicht beobachtet werden konnte. Eine großzügige „Aufklärung" der Öffentlichkeit und der Behörden soll darlegen, welche schweren Gefahren aus der wirtschaftlichen Beteiligung der öffentlichen Hand drohen. Zurzeit wird von allen möglichen Stellen Material gesammelt, das so lange streng vertraulich behandelt werden soll, bis es von einem, der in solchen Leistungen bekanntlich wohlgeübten Unternehmersyndizi „verarbeitet" vorliegt. Man wird sich hiernach auf allerhand gefaßt machen dürfen!

Noch hat der Generalangriff, von dem die „Deutsche Sparkassenzeitung" spricht, nicht eingesetzt. Wohl aber haben bereits die Plänkeleien für den bevorstehenden Angriff begonnen. Sie sind bis jetzt im allgemeinen unbeachtet geblieben. Das hierbei zu beobachtende planmäßige Vorgehen nötigt aber, den von der bürgerlichen Presse willfährig aufgenommenen, durch ihre Aufmachung fesselnden Veröffentlichungen der hinter ihnen stehenden kapitalistischen Kreise größere Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere richten sich die Angriffe gegen die Verwaltung des Reichs, der Länder und Gemeinden, die trotz aller Abbaumaßnahmen noch immer als zu kostspielig bezeichnet wird, obwohl einwandsfreie Feststellungen ergeben, daß die privatkapitalistischen Unternehmungen mit ihrem Überfluß an Direktoren und Aufsichtsräten wesentlich kostspieliger arbeiten. Ferner bilden Gegenstand des Angriffs die Tätigkeit der öffentlichen Spar- und Girokassen, die Kreditpolitik der Reichsbank und die Anleihewünsche der öffentlichen Verbände und Gemeinden, denen die Mittel für die Ausdehnung der gemeinwirtschaftlichen Tätigkeit entzogen werden sollen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß das Schlagwort „Kalte Sozialisierung" seine Wirkung auf den bürgerlichen Spießer nicht verfehlen und ihn aufrütteln wird, sich gegen die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft zu wenden. Die gleiche Wirkung wird sicher auch in den Handwerkskreisen hervorgerufen, die, in zünftlerischen Anschauungen verknöchert, sich seither schon allen Bestrebungen auf Ausdehnung und Ausbau der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen widersetzten, trotzdem aber nicht verfehlten, die weitestgehenden Ansprüche an ihre Leistungen zu stellen. Ursache der hier wie auch bei dem kapitalistischen Unternehmertum vorhandenen Gegnerschaft ist nichts andres als die Furcht vor der von den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen drohenden Konkurrenz. Sie fürchten die Aufdeckung ihrer preistreiberischen Methoden und die Durchbrechung ihrer die breiten Massen ausbeutenden Monopolherrschaft. Im Gegensatz dazu kann das Schlagwort „Kalte Sozialisierung" der Arbeiterschaft keine Angst einjagen. Sie weiß, was dahintersteckt, und sie hat das größte Interesse daran, den offenen und verkappten Gegnern der gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen die gebührende Abfuhr zuteil werden zu lassen.

Mattutat.

Das Geheimnis der hohen Löhne

Europa windet sich in einer schweren Wirtschaftsnot, Nordamerika erfreut sich einer prächtigen Wirtschaftsblüte. Daß diese auf gesunder Grundlage beruhen muß, läßt schon das stete Steigen der Sparkasseneinlagen erkennen. Sie sind in den letzten sieben Jahren von 100 auf 1400 Millionen Dollar emporgeschnellt, eine Summe, die fast ausschließlich die Ersparnis der arbeitenden Schichten darstellt und worin sich eine erhebliche Zunahme des Wohlstandes der Volksmasse ausdrückt. Ein solcher Hochgang wäre freilich nicht möglich gewesen, wenn sich nicht das Verhältnis des Lohnes zum Stande der Warenpreise andauernd verbessert hätte. In welchem Maße dies geschehen ist, erhellt die Gegenüberstellung der amtlichen Meßzahlen von 1920 bis 1924. Nimmt man den allgemeinen Lohnsatz und den allgemeinen Preisstand von 1913 mit 100 an, so betrug der

	Lohnsatz	Preisstand
1920	199	266
1924	228	150

Demnach ist in diesen fünf Jahren allein der Lohnsatz um 29 v. H. gestiegen, und gleichzeitig sind die Preise um 76 v. H. gesunken. Die ganze Größe der Wohlstandssteigerung, die aus diesen Zahlen spricht, vermag man erst zu ermessen, wenn man sie mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse Europas vergleicht.

Die Frage nach den Ursachen des beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwungs Nordamerikas ist unzählige Male gestellt und recht verschieden beantwortet worden. Der Drang nach einer stichhaltigen Antwort trug die beiden englischen Ingenieure Bertram Austin und Francis Lloyd in die Neue Welt. Das Ergebnis ihres zweijährigen Studiums haben sie in einem Buche: Das Geheimnis der hohen Löhne (The Secret of High Wages, London 1926) zusammengefaßt. Beim Lesen des Buches wird es einem begreiflich, warum es in britischen Unternehmerkreisen so starkes Aufsehen erregt. Sein Inhalt verdient, auch den europäischen Arbeitern bekannt zu werden. Denn diese Darlegung der amerikanischen Wirtschaftsblüte zeigt zum ersten, wo zur Besserung unsrer Not die Hebel angesetzt werden müssen, zum andern, wie überaus töricht und verfehlt selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus Lohndrückerei und Preistreiberei sind.

Auch die beiden Verfasser haben die Frage geprüft, ob Nordamerika Europa gegenüber natürliche Vorteile voraus habe, die als Ursachen der beträchtlichen Wohlfahrtssteigerung gelten könnten. Sie verneinen dies. Sie erklären, daß, wenn die Gestehungskosten der Industriewaren genügend niedrig seien, jedem Lande die Erreichung einer hohen Wirtschaftsblüte möglich wäre, selbst wenn das Land mit seiner Rohstoffversorgung ganz von der Außenwelt abhinge. Das nämliche lasse sich von dem ausgedehnten Innenmarkt sagen, der oft als natürlicher Vorteil gepriesen werde. Dessen Ausdehnung gehe mit der Lohnsteigerung Hand in Hand. Der aufnahmefähige Innenmarkt sei keine Ursache, sondern die Folgewirkung der Wirtschaftsblüte.

Wenn nun aber Nordamerika natürliche Vorteile nicht voraus hat, woher kommt ihm dann seine wirtschaftliche Überlegenheit? Wodurch wird seine Industrie instand gesetzt, immer höhere Löhne zu zahlen und immer billiger zu produzieren? Hören wir nun, zu welchen Schlüssen die beiden englischen Fachleute nach mehrjähriger Untersuchung gekommen sind. Um es gleich zu sagen, sie bekräftigen in mehr als einer Hinsicht die Kritik der europäischen Gewerkschaftler an der Wirtschafts- und Betriebspolitik ihres Unternehmertums.

Zunächst erklären die beiden Ingenieure, ein erheblicher Nutzen entspringe der amerikanischen Industrie aus dem strengen Festhalten an dem Grundsatz, daß die Beförderung im Betrieb nur nach Verdienst und Fähigkeit geschehe. Dem Geringsten steht der Weg zur höchsten Stelle ganz offen. Eine künstliche Trennungslinie zwischen Beamten und Handarbeitern gibt es nicht. Die Einteilung in Kopf- und Handarbeiter wird für überlebt gehalten. Der Mann, der die Maschine bedient, hat Hirn in steigendem Maße nötig. Aber nicht bloß die Gleichstellung der Arbeiter und Beamten in Bewertung und Aufstiegmöglichkeit erweise sich als nutzbringend, sondern auch die Bezeugung von Vertrauen, indem den Arbeitern Einblick in die Geschäftsgebarung gewährt werde. Gewiß könne Schaden entstehen, wenn man den Arbeitern die Höhe des Gewinnes wissen lasse, aber man habe herausgefunden, daß es noch schädlicher sei, wenn man den Arbeitern den finanziellen Stand des Geschäftes verberge.

Das soeben Gesagte wird unsern Unternehmern ganz spanisch vorkommen, und das, was jetzt gleich angeführt wird, dürfte ihnen als reine Narretei scheinen, nämlich der Austausch von Neuerungen, Modellen und Zeichnungen zwischen konkurrierenden Firmen. Wenn, um das an einem Beispiel klarzumachen, von zwei Maschinenfabriken die eine eine neue Maschine hergestellt hat, kauft die andre gleich eine davon und ersucht um Zusendung der Zeichnungen, was ohne weiteres geschieht. Die Ingenieure der letzteren Fabrik kommen, um Herstellungsweise, Leistung und andre Einzelheiten der Maschine zu studieren. Hieraus entspringen Verbesserungen, Verbilligung, eine Ausdehnung des Absatzes, wovon beide Wettbewerber profitieren. Ferner gibt man nichts auf die Hochhaltung der Preise, weil sie, wie die Erfahrung gezeigt, zur Vernichtung der Initiative und damit zur Verminderung der Leistungsfähigkeit führt.

Doch diese Mittel der Wirtschaftsförderung stehen, was Ergiebigkeit anbelangt, weit hinter der Lohnpolitik zurück. Dieser sind, ihrer Wichtigkeit entsprechend, die meisten Seiten des Buches gewidmet. Was da über die in der amerikanischen Industrie geübte Lohnpolitik gesagt ist, sei hier in ein paar Sätzen zusammengepreßt: In Amerika steht man auf dem Standpunkt, je mehr der Arbeiter zu verdienen imstande ist, desto besser sei es für Industrie und Volksgemeinschaft, weil es dem Arbeiter ermöglicht, sich höhere Lebensgenüsse zu verschaffen, und dies verstärkt seinen Wunsch nach mehr Behaglichkeit und Luxus. In einem Lande, wo das Verhältnis des Lohnes zum Stand der Preise gleichbleibt oder sinkt, sinkt und schwindet auch die Wirtschaftsblüte. Eine Verbesserung dieses Verhältnisses bedeutet eine Verbesserung der Lebenshaltung der Masse, und dies zieht eine Verstärkung des Innenmarktes nach sich. Es sollte sich darum jeder Unternehmer, der den Reallohn verschlechtert, bewußt sein, daß er nicht nur eine Missetat an seinen Arbeitern verübt, sondern auch der Volksgemeinschaft einen schlechten Dienst erweist. Wenn Fabrikanten den Lohn kürzen, müssen sie sich auf eine geringere Leistung ihrer Arbeiter gefaßt machen. Wird die Lohnkürzung vorgenommen um höheren Gewinnes willen, so ist es klar, daß der Gewinn auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter gemacht wird. Dieses Verfahren muß auf die Dauer fehlgehen. Werden ohne Änderung der Fabrikationsweise die Stücklöhne herabgesetzt, so wird das Vertrauen der Arbeiter zum Unternehmer zerstört und ihnen bewiesen, daß er hohe Löhne nicht wünscht. Müssen aber aus Gründen der Wirtschaftlichkeit Abzüge gemacht werden, so wird es ein gutes Vorbild für alle sein, wenn die Direktoren als die ersten ihr Gehalt kürzen. So wird es in verschiedenen Gebieten der Vereinigten Staaten gemacht. Von dem Arbeiter verlangen, daß er sich mit weniger Lohn zufriedengibt, ist gleichbedeutend mit dem Versuch, die Leistungsfähigkeit herabzusetzen. Hohe Löhne sind der Index der Leistungsfähigkeit und Klugheit einer Firma.

Damit soll es des Zitierens genug sein. Die Erfahrungssätze der amerikanischen Industrie eignen sich vortrefflich zu Stammbuchversen für unsre eigenen Unternehmer. Besonders aber der folgende Satz: „Will ein Geschäft vorwärtskommen, muß es seinen Dienst für die Verbraucher ständig verbessern durch Preissenkung oder durch Steigerung der Güte der Waren, und will ein Geschäft sich in den Stand setzen, seine Dienste ständig zu verbessern, dann muß es seine Arbeiter auf einen höheren Stand der Lebenshaltung heben".

Nach den beiden englischen Fachleuten liegt das Geheimnis der hohen Löhne Nordamerikas in seinen — hohen Löhnen und billigen Preisen. Mit beiden muß vom Unternehmer begonnen werden durch ständige Verbesserung der technischen Ausrüstung, der Güte der Waren usw. Einmal der Ball ins Rollen gebracht, macht er von selbst immer größere Kreise, mehrt sich der Absatz, erhöht sich die Massenfabrikation, mindern sich die Gestehungskosten usw. Das ist alles so einfach, so einleuchtend. Und dennoch wollen es unsre Unternehmer nicht beherzigen. Sie halten es nach wie vor mit möglichst niedrigen Löhnen, langer Arbeitszeit und hohen Preisen. Ihre Wirtschaft ist auch danach.

Stuttgart. F. K.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Invalidenversicherung und Witwenrente

In den Kreisen unsrer Versicherten erfreut sich die Landesversicherungsanstalt (im Volksmund „Invalidenversicherung" genannt) nicht allzu großer Beliebtheit. Das dürfte in allen deutschen Landesteilen so sein. Man hält allgemein die Leistungen im Gegensatz zu den Beiträgen für zu gering. Als besondere Härte für ihre Familien empfinden es die Arbeiter mit Recht, daß den Witwen verstorbener Versicherter Witwengeld erst dann gezahlt wird, wenn sie selbst invalid oder 65 Jahre alt sind.

In der Angestelltenversicherung, deren Beiträge allerdings wesentlich höher sind, kennt man diese Bestimmung, daß die Witwe eines verstorbenen Versicherten erst zu zwei Dritteln erwerbsunfähig sein muß, nicht. Witwengeld wird vielmehr beim Tode des Versicherten vom Sterbemonat ab in Höhe von 60 Proz. der Bezüge gezahlt, die dem Verstorbenen selbst auf Grund seiner Beitragszahlung zustehen. Hier gilt also auch der gesunde Gedanke, daß auf Grund der Beitragsleistung des Mannes die Witwe Ansprüche hat. 5 Proz. der deutschen Witwen dürften hiervon Vorteil haben.

Dieser Tage kam die Witwe eines verstorbenen Berufsangehörigen, der über 35 Jahre treu und brav „geklebt" hatte, also über 1800 Beiträge zur „Invalidenversicherung" geleistet hat, weinend und geknickt zu uns, weil sie mit ihrem Antrag auf Witwengeld abgewiesen worden ist. Und ihr Mann habe doch so viel Beiträge geleistet, sie erhalte aber nichts, weil sie noch nicht 65 Jahre oder nicht zu zwei Dritteln erwerbsunfähig sei. Sie fand herbe Worte über das Unrecht, das an ihr und ihren Mitschwestern aus dem Arbeiterstand in unserm Volksstaat täglich begangen wird.

Nach dem Gesetz mußte die Witwe mit ihrem Anspruch auf Rente leider abgewiesen werden. Aber moralisch ist der jetzige Zustand nicht zu rechtfertigen, seine Änderung schleunigst herbeizuführen. In den Kreisen der Versicherten hat man sich des öfteren mit dieser Benachteiligung der Arbeiterwitwen schon hin und wieder beschäftigt; im Reichstag haben unsre Vertreter dieses Unrecht bekämpft, Abänderungsanträge aber vergeblich gestellt.

Die Arbeiterschaft glaubt ein moralisches Recht darauf zu haben, daß in unserm Volksstaat nach gleichen Grundsätzen für alle Volksangehörigen verfahren wird. Nach Maßgabe der in der Landesversicherung gezahlten Beiträge muß den Arbeiterwitwen ohne weiteres ihr Recht werden. Der Nachweis der Invalidität der Witwe des verstorbenen Versicherten darf bei Bezug des Witwengeldes nicht mehr gefordert werden.

Hier ist das Gesetz zu ändern! Dieses Verlangen wurde auch in unserm Bezirk oft erhoben. Die Versicherten der graphischen Industrie in Magdeburg stellen erneut und sicher im Einklang mit der andern Arbeiterschaft diese Forderung. Auch Vorstand und Vertrauensmänner der Buchdrucker Magdeburgs verlangen Beseitigung des Unrechts, das gegen die Versicherten und ihre Witwen auf Grund des Gesetzes begangen wird.

Die Vertreter der Versicherten in Ausschuß und Vorstand (unter denen sicher auch eine Anzahl Buchdrucker oder graphische Berufsangehörige sind) der Versicherungsanstalten Deutschlands werden ersucht, erneut entsprechende Anträge zu stellen, um dadurch auf Regierung und Reichstag einzuwirken, die gesetzliche Änderung schleunigst vorzunehmen. Auch den Arbeiterwitwen muß ihr Recht werden. Geld dürften die Versicherungsanstalten dafür jetzt haben. Man prüfe bitte nach!

Magdeburg. K. P.

Voraussetzung, Beginn und Wegfall der Invalidenrente.

Invalidenrente erhält nach § 1255 RVO. der Versicherte, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder infolge von Krankheit oder andern Gebrechen dauernd invalide ist. Als Invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Aus-

bildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Invalidenrente erhält auch der Versicherte, der nicht dauernd invalide ist, aber während sechsundzwanzig Wochen ununterbrochen invalide gewesen ist oder nach Wegfall des Krankengeldes invalide ist, für die weitere Dauer der Invalidität.

Voraussetzung der Gewährung der Rente ist natürlich, daß die Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten ist (siehe den Artikel „Wartezeit und Anwartschaft in der Invalidenversicherung" in Nr. 32 des „Korr.").

Wir unterscheiden nach dem zu Anfang Gesagten drei Arten von Personen, die Anspruch auf Invalidenrente erheben können, und zwar 1. solche, die das 65. Lebensjahr vollendet haben; 2. solche, die dauernd durch Krankheit oder Alter um mehr als zwei Drittel in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind und 3. solche Personen, die länger als 26 Wochen infolge Krankheit erwerbsunfähig waren. Dauernd ist die Invalidität, wenn sie aller Voraussicht nach eine Besserung nicht erwarten läßt. „Vorübergehend" ist die Invalidität dann, wenn der sie bedingende Zustand nach vernünftigem menschlichen Ermessen in absehbarer Zeit Aussicht auf Beseitigung oder wesentliche Besserung bietet.

Zur Ermittlung der Mindestverdienstgrenze, bei dessen Nichterreichung Rente zu gewähren ist, sind im allgemeinen die Durchschnittslöhne des Berufes der Rentenbewerber heranzuziehen. Der Prüfung der Erwerbsmöglichkeit wird der gesamte Arbeitsmarkt zugrunde gelegt, jedoch kommen nur solche Tätigkeiten in Betracht, die den Kräften und Fähigkeiten des Versicherten entsprechen und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden können. In der Begründung zum Invalidenversicherungsgesetz heißt es ausdrücklich: „Auf den Erwerb durch eine für sie völlig fremde, körperlich oder geistig ungeeignete Lohnarbeit werden die Versicherten nicht verwiesen werden dürfen." Da Invalidität nicht gleichbedeutend mit Berufsinvalidität ist, muß der Versicherte dennoch erforderlichenfalls seinen Beruf wechseln.

Der Versicherte muß sich dem von der Versicherungsanstalt bezeichneten Arzt zur Untersuchung stellen und sich auf Aufforderung zwecks Beobachtung seines Gesundheitszustandes in ein Krankenhaus begeben. Dadurch entstehender Lohnausfall, Reise- und Zehrkosten muß ihm die Versicherungsanstalt ersetzen.

Die Invalidenrente beginnt mit dem ersten Tage des Monats, in welchem die Voraussetzungen dafür vorliegen. Läßt sich der Beginn der Invalidität nicht feststellen, so gilt als solcher der Tag, an dem der Antrag beim Versicherungsamt oder bei der Versicherungsanstalt eingegangen ist. Länger als ein Jahr rückwärts, vom ersten Tage des Antragsmonats gerechnet, wird keine Rente gezahlt, sofern nicht der Berechtigte durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen, verhindert worden ist, den Antrag rechtzeitig zu stellen. In diesem Falle ist der Antrag binnen drei Monaten nach Wegfall des Hindernisses einzureichen.

Die Invalidenrente wird entzogen, wenn der Empfänger infolge wesentlicher Änderung in seinen Verhältnissen nicht mehr invalide ist. Die Änderung muß wesentlich sein und eine gewisse Beständigkeit und Dauer voraussehen lassen. Die Versicherungsanstalt kann, wenn Grund zu der Annahme vorliegt, daß der Rentenempfänger wieder erwerbsfähig geworden ist, diesen ärztlich untersuchen und erforderlichenfalls in einem Krankenhause beobachten lassen.

Die Versicherungsanstalt kann weiter ein Heilverfahren einleiten, wenn zu erwarten steht, daß dadurch der Rentenempfänger wieder erwerbsfähig wird. Soll dabei die Unterbringung in einer Heilanstalt stattfinden, so bedarf es der Zustimmung des Empfängers, wenn er verheiratet ist und mit seiner Familie zusammenlebt oder wenn er einen eignen Haushalt hat oder Mitglied des Haushalts seiner Familie ist. Mit seiner Familie zusammen lebt auch jemand, der zwar außerhalb des Wohnorts der Familie arbeitet und dadurch längere Zeit von ihr getrennt lebt, mit ihr aber nicht entzweit ist. Soweit Heilanstaltspflege eintritt, erhalten Angehörige ein Hausgeld, falls sie ganz oder überwiegend aus dem Arbeitsverdienst der in die Anstalt Aufgenommenen unterhalten worden sind. Die Rente kann während der Dauer eines solchen Heilverfahrens ganz oder teilweise versagt werden.

Entzieht sich ein Rentenempfänger ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund dem Heilverfahren und verhindert er dadurch die Beseitigung der Invalidität oder entzieht er sich ohne Grund einer Nachuntersuchung oder Beobachtung in einem Krankenhause, so kann ihm die Rente auf Zeit ganz oder teilweise entzogen werden, wenn er auf diese Folge hingewiesen worden ist. Die Zeitdauer ist im Entziehungsbescheid zu nennen. Mit dem Ablauf dieser Zeit tritt die Rente ohne weiteres wieder in Kraft.

Ist die Invalidenrente wegen wesentlicher Änderung in den Verhältnissen des Rentenempfängers diesem entzogen, so fällt die Rente mit Ablauf des auf die Zustellung des Bescheids folgenden Monats fort.

Ein Ruhen der Rente tritt ein, solange der Berechtigte eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Monat verbüßt. Hat er im Inland Angehörige, die er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst zu unterhalten hat, so wird ihnen die Rente überwiesen. Die Rente ruht weiter, solange ein berechtigter Inländer sich im Ausland aufhält und schuldhaft der Versicherungsanstalt seinen Aufenthaltsort nicht mitteilt, oder solange ein berechtigter Ausländer sich freiwillig gewöhnlich im Auslande aufhält. Im letzteren Falle kann die Versicherungsanstalt den Ausländer mit dem Kapitalwert seiner Bezüge abfinden.

Für den Sterbemonat und den Monat, der das Ruhen der Rente bringt, wird die Rente voll gezahlt. Ist beim Tode des Empfängers die fällige Rente noch nicht abgehoben, so sind nacheinander bezugsberechtigt der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister, wenn sie mit dem Empfänger zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft lebten.

Stirbt ein Versicherter, nachdem er seinen Rentenanspruch erhoben hatte, so sind zur Fortsetzung des Verfahrens und zum Bezuge der bis zum Todestage fälligen Beträge nacheinander die im vorhergehenden Absatz genannten Verwandten berechtigt.

Anträge auf Gewährung von Invalidenrente sind einzureichen beim Versicherungsamt des Wohn- oder letzten Beschäftigungsorts oder direkt bei der Versicherungsanstalt. Dem Antrage beizufügen sind die letzte Quittungskarte, die Aufrechnungsbescheinigungen, Geburtsbescheinigungen der Kinder unter 18 Jahren und eine ärztliche oder sonst ausreichende Bescheinigung über die Invalidität. Bei den 65jährigen genügt die Quittungskarte, Aufrechnungsbescheinigungen und Geburtsurkunde.

Über den Rentenanspruch hat die Versicherungsanstalt einen mit Gründen versehenen Bescheid zu erteilen. Gegen den ablehnenden Bescheid ist binnen einem Monat nach Zustellung Berufung beim Oberversicherungsamt zulässig. In bestimmten Fällen darauf noch Revision beim Reichsversicherungsamt.

Die Zersplitterung im Krankenkassenwesen

Das Statistische Reichsamt hat kürzlich die Ergebnisse der Krankenversicherung in den Jahren 1922 und 1923 veröffentlicht. Das Material gibt u. a. lehrreiche Aufschlüsse über die ungeheure Zersplitterung im Kassenwesen. Es seien daher die wichtigsten Zahlen hier wiedergegeben.

Von den reichsgesetzlichen Krankenkassen waren im Jahre 1923: Ortskrankenkassen 2454, Landkrankenkassen 473, Betriebskrankenkassen 4401, Innungskrankenkassen 815. Dazu kommen dann noch 77 Knappschaftskrankenkassen und 43 Ersatzkrankenkassen. Insgesamt demnach 8263 Krankenkassen.

Im Durchschnitt zählten die Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen 18 112 022 Mitglieder, die Knappschaftskasten 1 071 772, die Ersatzkrankenkassen 815 610 Mitglieder. Auf die Ortskrankenkassen entfielen 1923 11 826 278 Mitglieder, Landkrankenkassen 2 080 740, Betriebskrankenkassen 3 852 356, Innungskrankenkassen 352 648. Von 100 Einwohnern waren in reichsgesetzlichen Krankenkassen (ohne Familienangehörige) 29,4 gegen Krankheit versichert. sichert.

Drastisch dargestellt wird die Zersplitterung noch durch die Gliederung nach Kassengrößen. Im Jahre 1922 gab es noch zwei Betriebskrankenkassen, von denen die eine vier, die andre fünf Mitglieder hatte. Ferner waren zwei Innungskrankenkassen mit weniger als 10 Mitgliedern vorhanden. Insgesamt wiesen 399 Betriebskrankenkassen und 191 Innungskrankenkassen weniger als 100 Mitglieder auf. Die kleinsten Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen haben sämtlich mehr als 100 Mitglieder. Kassen über 100 000 Mitglieder kommen nur bei den Ortskrankenkassen, und zwar 11, vor. Die größte Landkrankenkasse zählte 16 536 Mitglieder, alle andern hatten weniger als 15 000. Innungskrankenkassen mit über 100 000 Mitgliedern nur zwei, und zwar in Berlin vorhanden. Die größten Betriebskrankenkassen zählten um 50 000 Mitglieder.

Aus den vorstehenden Zahlen können wir die ungeheure Verwaltungskraftvergeudung ermessen und die Dringlichkeit der Zusammenfassung der Kassen zu großen leistungsfähigen Gebilden für bestimmte Bezirke erkennen. Statt dessen sehen wir aber in der Praxis das eifrige Bestreben, mehr Innungskrankenkassen zu gründen und das Berufskrankenkassenwesen zum Schaden der allgemeinen Kassen auf gesetzlichem Wege auszudehnen. P. Lo.

Korrespondenzen

Bielefeld. (Drucker.) In unsrer Quartalsversammlung am 27. April gab Vorsitzender Droste einen Bericht vom Druckertag in München-Gladbach. Er wies darauf hin, daß es bei der heutigen technischen Entwicklung Pflicht eines jeden Kollegen ist, der Sparte beizutreten. Ferner fand noch eine Besichtigung der Maschinenfabrik Fischer & Krecke in Bielefeld statt, an der sich 40 Kollegen beteiligten. Es wurde von Fachleuten der ganze Werdegang zur Herstellung der Tütenmaschinen gezeigt. Auch auf diesem Gebiet ist ein kolossaler Fortschritt zu verzeichnen. Der Firma sagen wir für ihre Bereitwilligkeit nochmals Dank.

Diessen. Unsre Frühjahrsbezirksversammlung am 2. Mai in Weilheim hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Vom Gauvorstand war Kollege Strauß erschienen, der ein der Zeit angepaßtes Referat hielt, wofür er reichen Beifall erntete. Zum Gautag wurden die Kollegen Rauch als Delegierter und Knabl als Stellvertreter aufgestellt. Ein Antrag des Ortsvereins Diessen betreffend Gründung einer Bezirkssterbekasse wurde bis zur Herbstversammlung zurückgestellt und der Bezirksvorstand beauftragt, die nötigen Vorarbeiten bis dahin fertigzustellen. Der Beitrag zur Bezirkskasse wurde auf 10 Pf. erhöht. Einem anwesenden Invaliden sowie den Witwen von zwei Kollegen wurden je 10 M. überwiesen. In drei zum Bezirk gehörenden Orten wird noch über 48 Stunden gearbeitet. Ehrend gedachten die Versammelten sodann eines verstorbenen Kollegen aus Garmisch. Kollege Strauß übermittelte dem Kollegen Ebert (Garmisch), der sich als Vertrauensmann die höchste Achtung aller erworben hat, den Dank des Gauvorstandes und wünschte ihm das Beste auf seinem neuen Posten. Der Ortsverein Diessen veranstaltet im August einen Ausflug nach Mittenwald, wozu die auswärtigen Kollegen eingeladen sind. Als Tagungsort für die Herbstversammlung wurde wieder Weilheim bestimmt.

Frankfurt a. M. (Korrektoren.) Die Wichtigkeit der Tagesordnung unsrer Versammlung vom 2. Mai hätte einen besseren Besuch verdient. Trotzdem kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß in unsrer Sparte frisches Leben pulsiert. Die Mitgliederzahl ist fortgesetzt im Steigen begriffen. Zum Korrektorentag wurde Vorsitzender Guthardt delegiert. Aus der neuen Lohnstatistik erhellt, daß sich Verantwortung und Bezahlung des Korrektors in Höhe und Tiefe gegenüberstehen. Zwecks Beseitigung dieser Kluft wurden dem Korrektorentag entsprechende Anträge unterbreitet. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand der Vortrag des Kollegen Pitz: „Aus Sturm- und Drangjahren der deutschen Literatur". Ausgehend vom römischen Geschichtsschreiber Tacitus, der schon über die Lieder der alten Germanen berichtete, streifte Redner die als älteste schriftliche Äußerung aus germanischer Zeit geltende Bibelübersetzung des westgotischen Bischofs Ulfilas, um dann den Werdegang der deutschen Literatur in klaren Zügen, frei von jedem Pathos, zu behandeln. Der demnächst im Druck erscheinende Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Kollegen Pitz sei auch an dieser Stelle für sein lehrreiches Thema gedankt.

Frankfurt a. M. (Maschinensetzer.) An Stelle des verstorbenen Kollegen Dominé wurde in der Versammlung am 9. Mai Kollege Max Baer als erster Vorsitzender der Bezirks- und Gauvereinigung Frankfurt-Hessen gewählt. In einem warmen Nachruf gedachte der nunmehrige Vorsitzende seines Vorgängers und seiner Verdienste um die Sparte. Ein mit reichem Beifall belohnter Vortrag des Herrn Dr. med. Th. Plaut über „Die Berufskrankheiten der Maschinensetzer" fesselte die gut besuchte Versammlung über eine Stunde lang. Der Vortragende setzte die hygienischen Vorbeugungsmaßnahmen in den Vordergrund und stellte fest, daß es bezüglich des Gesundheitszustandes in Deutschland schlechter als je stehe. Profitwirtschaft, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel seien die Grundübel, unter denen heute die gesamte Arbeiterschaft zu leiden hätte. Großstadtmenschen brauchten Luft, Licht und Sonne und die Maschinensetzer und Buchdrucker im besonderen.

Gera. Aus Anlaß des 60jährigen Bestehens des Verbandes fand am 9. Mai eine Bezirksfestversammlung in Gera statt. Sie wurde mit einem Liede des Kollegengesangvereins eröffnet. Im Anschluß hieran trug Fräulein Schmidt den Festspruch vor. Vorsitzender Ranke begrüßte dann die zahlreich erschienenen Kollegen. Die Festansprache hielt Gauvorsteher Wislaug (Weimar). Reicher Beifall lohnte dessen Ausführungen. Vorsitzender Ranke gab bekannt, daß 75 Jubilare im Bezirk vorhanden sind, die 25 Jahre und länger dem Verband angehören; darunter ein Jubilar (Theodor Polter), der 52 Jahre Mitglied ist. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Vier Neuausgelernte wurden einstimmig aufgenommen und vom Vorsitzenden auf ihre Rechte und Pflichten aufmerksam gemacht. Der Kassenbericht, der gedruckt vorlag, wurde genehmigt und dem Kollegen Roßbach einstimmig Entlastung erteilt. Den Streikenden in England wurden vorläufig 100 M. bewilligt, bei längerer Streikdauer wurde der Vorstand ermächtigt, nochmals 100 M. abzusenden. Allen Teilnehmern der Bezirksversammlung wurde neben dem Fahrgeld noch ein Zehrgeld bewilligt. Hierauf gab Kollege Ernst Roth einen kurzen Bericht vom Gautag. Er hob die wichtigsten Beschlüsse hervor. In der Aussprache hieran wurde eine zentrale Regelung der Maifeier verlangt. Weiter war die Versammlung nicht damit einverstanden, daß der Verbandstag alle drei Jahre stattfinden soll. Von stabilen Verhältnissen könne man jetzt noch nicht sprechen. Die Lehrlingsstatistik ergab, daß die Prinzipale im Bezirk die Skala voll ausgenützt haben. Im Bezirk sind 68 Lehrlinge vorhanden. Die nächste Bezirksversammlung findet aus Anlaß des 25. Stiftungsfestes des Ortsvereins Weida dort statt.

Göttingen. Unsre Bezirksversammlung am 9. Mai fand in Osterode am Harz statt; sie hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Aus Anlaß des 60jährigen Bestehens unsrer Organisation leitete unser Gauvorsteher Pfingsten (Hannover) die Versammlung mit einer Festansprache ein, in der er den Werdegang unsres Verbandes den Zuhörern vor Augen führte und die Hauptaufgabe der Organisation: die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig zu gestalten, betonte. Sodann erfolgte die Ehrung einiger Jubilare: des Kollegen Behrens (Northeim) für 50jährige, des Kollegen Frick für 45jährige und der Kollegen Atermöhlen und Schönwald für 40jährige Mitgliedschaft. Gleichfalls konnten eine Anzahl junger Kollegen, die Ostern ihre Lehrzeit beendet haben, begrüßt werden. Ihnen wurde seitens des Gaues die „Kleine Verbandsgeschichte" überreicht. Über den Gautag berichteten die Kollegen Kramer und Böhle. Der nächste Gautag wird in Göttingen stattfinden. Die Kassenabrechnung ergab einen Vermögensbestand von 840 M. Da unser Bezirksstatut vergriffen und veraltet war, wurde ein neues ausgearbeitet und in der Versammlung beraten und angenommen. Der Beschäftigungsgrad im Bezirk ist zufriedenstellend. Während eine Druckerei in Duderstadt Kurzarbeit und Aussetzen unverheirateter Kollegen anordnete, beanspruchen Northeimer und Göttinger Firmen wieder Überstunden nach § 7 Ziffer b des Tarifs, auch Einstellungen Arbeitsloser erfolgten. Zum Schluß faßte Kollege Pfingsten das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die Verhältnisse zufriedenstellend seien, und schilderte in kurzen Strichen die jetzige schwierige Lage der deutschen Wirtschaft, die man jedoch als einen Sanierungsprozeß hinnehmen müsse, äußerte seine Sympathie für die in schwerem Abwehrkampfe stehenden Gewerkschaften Englands und betonte, daß nicht niederdrückender Pessimismus, sondern die Hoffnung auf Besserung alle Kollegen beseelen müsse. Einigen in der Versammlung anwesenden arbeitslosen Kollegen wurde ein Zehrgeld von 3 M. erstattet. Nach gemeinsamer Mittagstafel beendete ein Spaziergang auf die benachbarten Höhen, die einen prachtvollen Ausblick auf die hohen Harzberge bieten, die Zusammenkunft.

Hamburg. (Maschinensetzer.) In der Quartalsversammlung am 18. April legte unser langjähriger Vorsitzender Emil Zimmermann aus persönlichen Gründen sein Amt nieder. Für seine langjährigen treuen Dienste in unsrer Sparte wurde ihm im Namen der Kollegenschaft Dank ausgesprochen und hierauf Kollege Paul Natho einstimmig als sein Nachfolger gewählt. Als Delegierte zum Maschinensetzerkongreß wurden die Kollegen Natho und Weiß (Pinneberg) einstimmig gewählt. Außerdem entspann sich noch eine sehr rege Debatte über verschiedene Forderungen zu dem diesmaligen Kongreß. Die Abrechnung vom ersten Quartal wurde genehmigt und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Unsre diesjährige Wanderversammlung soll im Juli stattfinden; sie wird in Lüneburg abgehalten werden.

Hannover-Land. Unsre Bezirksversammlung am 25. April in Bückeburg erfreute sich eines recht guten Besuches, was bei der geographisch schlechten Lage der Orte schon etwas besagen will. 93 Kollegen aus 14 Orten waren vertreten. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Bezirksvorsitzenden Otto Hahn (Hannover) gedachte die Versammlung unsres verstorbenen ersten Bezirksvorstehers Karl Rosenbruch. Was er für uns getan, soll nie vergessen werden. Möge der alte Kämpfer und Bahnbrecher in Frieden ruhen! Alsdann folgte der Geschäftsbericht und Kassenbericht. Die beantragte Entlastung wurde erteilt. Aus den Berichten der einzelnen Orte konnte festgestellt werden, daß sich die gewerbliche Lage allmählich wieder etwas bessert. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Über Gautag und Verbandstag wurde noch des längeren verhandelt. Celle wurde als Ort der Herbstbezirksversammlung bestimmt. Am Nachmittag fand das erste Stiftungsfest des Ortsvereins Bückeburg und die Feier des 60jährigen Verbandsjubiläums statt. Der Ortsverein Bückeburg hatte keine Mühe gescheut, den auswärtigen Kollegen einige gemütliche Stunden zu bereiten. Mit Musik wurde die Feier eingeleitet, worauf der graphische Männerchor „Gutenberg" Minden die Zuhörer durch Liedervorträge erfreute. Nach einem verständnisvoll gesprochenen Prolog hielt Gauvorsteher Pfingsten (Hannover) die Festrede, die mit einem Hoch auf das weitere Blühen und Gedeihen des Verbandes abschloß. Der Rede folgten Musik- und Gesangsvorträge. Zum Gründungsfest des Ortsvereins Bückeburg begrüßte namens des Bezirks Hannover-Land der Bezirksvorsitzende Hahn den jungen Ortsverein und beglückwünschte ihn zu seiner Gründung. Mit großem Interesse wurde von vielen Seiten die Drucksachenausstellung besucht, die eine Anzahl hervorragender Drucksachen der Buchdruckerei Grimme (Bückeburg) enthielt, die auch von Buchdruckfachleuten mit lobender Anerkennung bedacht wurden. Die Ausstellung paßte sich der ganzen Veranstaltung würdig an, die in allen Teilen als glänzend gelungen bezeichnet werden kann und dem jungen Verein zur Ehre gereichte.

Kaiserslautern. (Maschinensetzer.) In unsrer am 2. Mai in Zweibrücken abgehaltenen Quartalsversammlung, die einen ziemlich guten Besuch aufzuweisen hatte (leider aber war von Pirmasens kein Kollege erschienen), berichtete der Vorsitzende über die Bezirksvorständekonferenz am 21. März in Seckenheim. In der Diskussion wurde die von mehreren Druckereien ausgeübte Kontrolle über Satzherstellung verworfen und hervorgehoben, daß bei Zeitungsherstellung jeder Kollege ohnehin seine ganze Kraft einsetzen müsse, um die Zeitung pünktlich erscheinen zu lassen. Neu aufgenommen wurden zwei Kollegen. Kollege Gräf hielt sodann einen Vortrag über „Neuzeitliche Entwicklung auf dem Gebiete der Setzmaschine". Der Vortragende entledigte sich seiner Aufgabe in fesselnder Weise, und es wurde ihm Beifall gezollt. Das Technische findet in jeder Versammlung eingehende Behandlung.

Köln. (Maschinensetzer.) Die außerordentliche Generalversammlung unsrer Gauvereinigung, die am 25. April in Duisburg stattfand, war gut besucht. In üblicher Weise wurde das Andenken des Kollegen Dominé (Frankfurt a. M.) geehrt. Neu aufgenommen wurden sodann 40 Kollegen. Als Vertreter zum Maschinensetzerkongreß wurden die Kollegen Klünsch (Elberfeld), Klein (Düsseldorf), Müller (Werden, Ruhr), Schippers (Dortmund), Schmachtenberg (Bochum), Schrock (Köln, jetzt Neuwied), Zimmermann (Duisburg) durch Urwahl gewählt; außerdem wurde beschlossen, den neuen Vorsitzenden der Vereinigung zu delegieren. Nachdem Kollege Schippers (Dortmund) über die Bezirksvorständekonferenz in Köln berichtet, wurden die vom Bezirk Köln für den Vorstand der Gauvereinigung aufgestellten Kandidaten einstimmig gewählt, u. a. Straßmann als Vorsitzender und Richrath als Kassierer. Dem bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Schrock, wurde für seine im Interesse der Vereinigung geleistete Arbeit der Dank der Versammlung zum Ausdruck gebracht. Unter „Verschiedenes" wurden vom Kollegen Löschner anregende Aufklärungen gegeben und hierauf einige Anträge zum Kongreß gestellt.

B-r. **Köln.** (Maschinensetzer.) Trotz der wichtigen Tagesordnung war die am 8. Mai abgehaltene Vierteljahrsversammlung nur mäßig besucht. Vorsitzender Bendt wies eingangs u. a. auf den zurzeit tobenden Kampf der englischen Arbeiterschaft hin, der in der ganzen Welt mit Spannung verfolgt werde. Ferner wurde auf die für den 20. Juni gemeinsam mit dem Bezirk Düsseldorf geplante Wanderversammlung aufmerksam gemacht. Ein Kollege wurde aufgenommen; der Kassenbericht fand Genehmigung. Bei der Berichterstattung über die außerordentliche Hauptversammlung der Gauvereinigung hob Kollege Baggeler insbesondere hervor, daß der bekannte Zwist, der die Spartenkollegen des ganzen Gaues im letzten Vierteljahr bewegt habe, endlich zur allgemeinen Zufriedenheit aus der Welt geschafft worden sei. Die vom Vorsitzenden bekanntgegebenen Anträge zum Maschinensetzerkongreß wurden lebhaft diskutiert. Ein interessanter Vortrag des Kollegen Götze über das Thema: „Die tägliche Reinigung — Generalreinigung — Zweckmäßiges Ölen" zeigte, daß die strenge Befolgung dieser wichtigen Arbeiten sowohl im Interesse der Kollegen selbst als auch in dem der Prinzipale liegt. Die Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten beschloß die anregend verlaufene Versammlung.

Leipzig. In der Gaumitgliederversammlung am 7. Mai berichtete Vorsitzender Hesselbarth über die derzeitige Arbeitsmarktlage am Orte, die Verlängerung des Lohn- und Manteltarifs, die tariflichen Ferienbestimmungen und über die Änderung in der Unfallversicherung, nach der Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte als Betriebsunfälle gelten. Weiterhin gab er noch einige innere Vereinsangelegenheiten bekannt. In der Diskussion wurde auf den englischen Generalstreik hingewiesen und eine Entschließung, die die streikenden Arbeiter der vollsten Sympathie versichert und vom ADGB. die Einleitung einer Sammelaktion verlangt, einstimmig angenommen. Eine lebhafte Aussprache löste die Stellungnahme der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung" zum Sachsenkonflikt der SPD. aus. Ein Antrag auf Urabstimmung über zwei eingebrachte, entgegengesetzt lautende Resolutionen in dieser Frage wurde abgelehnt und dann jene Resolution, in der neben der Mißbilligung der Schreibweise der Rücktritt der Redaktion der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung" gefordert wird, angenommen. Im Anschluß an diesen Tagesordnungspunkt wurde nach kurzer Aussprache die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag vorgenommen.

Leipzig. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) In der stark besuchten Versammlung am 9. März gab Kollege Thomas unter dem „Vereinsbericht" verschiedene technische und kollegiale Veranstaltungen bekannt. Besonders wies er auch auf die außerordentlich starke Arbeitslosigkeit der Drucker in fast allen Großdruckstädten Deutschlands hin, die in gar keinem Verhältnis zu der der übrigen Sparten unsres Berufes stehe. Im Interesse der Solidarität den arbeitslosen Druckerkollegen gegenüber forderte er alle Versammlungsteilnehmer auf, von der Leistung von Überstunden soweit wie nur irgend möglich abzusehen. Der zweite Tagesordnungspunkt brachte einen Vortrag des Herrn Dr. Schaller vom Volksbildungsamt Leipzig über „Eindrücke von Rußland". An der Hand von Lichtbildern schilderte der Referent mit jugendlichem Feuereifer die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wie er sie auf seiner Studienreise durch einen Teil Rußlands gesehen hat, und erntete für seine Ausführungen starken Beifall. — Die Versammlung am 14. April beschäftigte sich mit den Anträgen zum Druckerkongreß. Sämtliche vorliegenden Anträge wurden bis auf einen (Sonderlohnzuschläge der Rotationer betreffend), der zur Ablehnung kam, von der Versammlung sanktioniert. Auch in dieser Zusammenkunft spielte die starke Arbeitslosigkeit wieder eine Rolle. Ist doch anderseits zu verzeichnen, daß auch in Leipzig eine förmliche Überfütterung des Buchdruckgewerbes mit Lehrlingen stattgefunden hat. Die weitere Tagesordnung brachte einen Vortrag des Herrn Ingenieur Beschnitt von der Firma Kleim & Ungerer (Leipzig) über Technische Neuerungen am Bogenanleger „Universal", der das stärkste Interesse der Druckerkollegen fand und eine überaus lebhafte und interessante Diskussion auslöste. Auch an dieser Stelle sei der Firma nochmals der Dank für ihr Entgegenkommen zum Ausdruck gebracht. — Am 17. und 18. April fand hier eine Vorständekonferenz der dem Kreise Leipzig angeschlossenen Vereine statt, die von allen zehn Vereinen besucht war. Außerdem nahmen noch die Vertreter sämtlicher Leipziger Sparten, des Gauvorstandes sowie der benachbarten Kreise und ein Kollege der Zentralkommission daran teil. Die Konferenz wurde eingeleitet durch einen Begrüßungsabend des Leipziger Druckervereins, wobei Kollege Neubert, Lehrbeistand an der Akademie, einen äußerst interessanten Vortrag über den Filmdruck hielt, verbunden mit reichhaltiger Ausstellung. Die Konferenz befaßte sich in der Hauptsache mit den Berichten der Kreiszentrale und der einzelnen Vereine. Nach einem Referat des Kollegen Schultze (Berlin) über „Organisation — Technik" nahm man Stellung zu den eingereichten Anträgen zum Druckerkongreß, die eine lebhafte Aussprache zeitigten. Des weiteren fanden die Delegiertenwahlen zum Kongreß ihre Erledigung.

Marienburg. An unsrer Versammlung am 25. April nahmen auch die Kollegen von Deutsch-Eylau teil. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde die umfangreiche Tagesordnung erledigt. Die Kassenabrechnung wurde von der Versammlung genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann hielt der Vorsitzende des hiesigen Ortsausschusses einen Vortrag über „Die Tätigkeit des Ortskartells" und streifte besonders die Maifeierfrage. Den Bericht über den Gautag erstattete Kollege Hanert. Großer Beifall der Versammlung für beide Vorträge bekundete das rege Interesse der Erschienenen. Nachdem noch einige Fragen erledigt worden waren, ging man zum „gemütlichen Teil" über, der einen sehr harmonischen Verlauf nahm.

Mühlhausen (Thür.). Am 8. Mai fand eine gut besuchte Festversammlung statt, in der nach gut gesprochenem Festspruch der Vorsitzende die Festansprache hielt. Im zweiten Teil erstattete Kollege Geßner den Gautagsbericht. Über das dort vom Verbandsvorsitzenden gehaltene Referat entspann sich eine lebhafte Debatte, insbesondere über Maifeier, Invalidenunterstützung und Verbandshausbau. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde scharf protestiert gegen die Stellungnahme des Verbandsvorstandes, wie sie vom Kollegen Seitz auf dem Gautag in Koburg vertreten wurde. (Merkwürdigerweise wurde auf dem Gautag in Koburg selbst keine derartig ablehnende Stellung gegen den Verbandsvorstand eingenommen. Schriftl.).

Nagold-Altensteig. Am 26. April hielt unser Ortsverein eine Versammlung in Nagold ab. Nach Erledigung weniger wichtiger Punkte kam auch der andauernd schlechte Besuch der Versammlungen zur Sprache. Die angesetzte Vorstandswahl mußte infolge des schlechten Besuches und weil sich keiner der anwesenden Kollegen bereit fand, den Posten zu übernehmen, verlegt werden. Am Schlusse der ausgiebigen Debatte wurde ein Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Versammlung mit der Tagesordnung: „Auflösung des Ortsvereins bzw. Wahl eines Vorsitzenden" mit Stimmenmehrheit angenommen und die Versammlung auf den 9. Mai in Calw anberaumt. Zu dieser Versammlung, zu der auch in dankenswerter Weise Kollege Kayser vom Stuttgarter Gauvorstand erschienen war, ließ der Besuch von seiten der Calwer Kollegen ebenfalls sehr zu wünschen übrig. Nach Klärung der bestehenden Verhältnisse und gründlicher Aussprache kamen die anwesenden Kollegen einmütig zur Ansicht, den Ortsverein Calw-Nagold-Altensteig aufrechtzuerhalten, was gewiß zu begrüßen ist. In der folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Opschitzki einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. In seinem Appell an die Kollegen mahnte er, daß jeder seinen Teil dazu beitragen möge, um den Ortsverein hochzubringen und den kollegialen Geist, wie er vordem hier herrschte, wieder aufleben zu lassen.

d. **Neuwied.** Eine erhebende Feier vereinte die Mitglieder am 8. Mai. Galt es doch, das 25jährige Verbandsjubiläum dreier Kollegen zu ehren: Max Schrock, Max Krumnow und des Mitbegründers des Ortsvereins Neuwied, Adolf Schmidt. Die Feier hatte einen unerwartet starken Besuch aufzuweisen, etwa 240 Personen waren anwesend. U. a. waren die Ortsvereine Koblenz und Andernach sowie vom Gauvorstand Kollege Graf erschienen. Vorsitzender Ehl begrüßte die Erschienenen und überreichte den Jubilaren unter Worten der Anerkennung die Geschenke des Ortsvereins. Die über den Ort hinausgehende Beliebtheit der Jubilare zeigte sich in zahlreichen Geschenken, die ihnen von allen Seiten zugingen. Tief gerührt über die Ehrung dankten die Jubilare und versprachen, auch weiterhin ihre Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Nach der offiziellen Ehrung ging man zum gemütlichen Teil über, den die Kollegengesangvereine „Gutenberg" (Koblenz) und „Typographia" (Neuwied) sowie humoristische und musikalische Vorträge ausfüllten.

Nordhausen. Unser Ortsverein beging am 17. und 18. April die Feier seines 25jährigen Stiftungsfestes, verbunden mit Fahnenweihe. Der dem Festtage am Sonnabendabend voraufgegangene Kommers gestaltete sich zu einem glänzenden Auftakt. Vorsitzender K. Thorhauer hieß in einer sinnigen Begrüßungsansprache die überaus zahlreich Erschienenen herzlich willkommen. Gauvorsteher König überbrachte namens des Verbandsvorstandes und des Gauvorstandes dem Ortsverein Nordhausen als dem jüngsten Jubilar im Verbande die besten Glückwünsche. Im weiteren Verlaufe des Abends übermittelten in kurzen Ansprachen die Vertreter der städtischen Behörden sowie der älteste der hiesigen Buchdruckereibesitzer, der Verleger der „Nordhäuser Zeitung", Herr Friedrich Nebelung, die besten Wünsche. Auch der frühere Verleger der „Allgemeinen Zeitung", Herr Otto Witt, hatte es sich nicht nehmen lassen, diesen Abend im Kreise der Buchdrucker zu verbringen. Er wies in seiner Ansprache auf die Erziehung unsres Nachwuchses im rechten Geiste Gutenbergs hin. Der Abend war trefflich durchflochten von Konzertstücken, Rezitationen und Gesangsvorträgen. Die anschließende Fidelitas hielt die Kollegen in fröhlicher Stimmung noch lange zusammen. — Der Sonntag brachte dann am Vormittag nach einer photographischen Aufnahme des gesamten Ortsvereins die Begrüßung der auswärtigen Kollegen in der „Gartenlaube". Der Festakt am Sonntagnachmittag vereinigte wieder eine stattliche Festversammlung im großen Spangenbergsaale. Nachdem der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Kollege Stadtrat Flagmeyer, die Glückwünsche des ADGB. überbracht hatte, nahm Kollege König das Wort zu seiner Festrede. In trefflicher Weise verstand er es, das Werden unsres Verbandes und seine Errungenschaften zu schildern. Nunmehr wandte sich Kollege König dem jubilierenden Ortsverein Nordhausen zu und legte dar, wie dieser aus kleinen Anfängen heraus durch schwere Kämpfe gehen mußte, bis er seinen Mitgliederstand von 7 im Jahre 1901 auf gegenwärtig etwa 100 erreichte. Der Ortsverein Nordhausen habe sich als ein starkes Reis am Baum des Verbandes erwiesen. In Verbindung mit dem Jubiläum begehe er gleichzeitig die Fahnenweihe. Nachdem Redner die Fahne als das Symbol der Zusammengehörigkeit und Geschlossenheit gekennzeichnet hatte, enthüllte er die prächtig ausgeführte Fahne, weihte sie und übergab sie im Namen des Ortsvereins zu treuen Händen des Vorstandes. Delegationen aus verschiedenen Orten des Gaues überbrachten Glückwünsche und überreichten unter herzlichen Worten Fahnennägel. Seitens der Frauen wurde eine Fahnenschleife, ebenso von den Jungbuchdruckern ein Fahnennagel übergeben. Der Vorsitzende verlas dann die zahlreichen Glückwunschtelegramme, die aus allen Teilen des Reiches eingegangen waren, und dankte allen für die Anteilnahme an dem 25jährigen Bestehen unsres Ortsvereins und der Fahnenweihe. Hierauf wurden unter einer Ansprache des Bezirksleiters Keil die Kollegen Geschäftsführer Wiehle, Stadtrat Hartmann, Kleemann, Kinne und Ostermann für ihre 25- bis 38jährige Verbandszugehörigkeit durch Überreichung von Ehrenurkunden geehrt. Der Nachmittagsfeier, die wirkungsvoll von Rezitationen und Musikvorträgen umrahmt war, schloß sich am Abend ein Festball an, der so schön verlaufenen Feier einen harmonischen Abschluß gebend.

Offenbach a. Main. (Bezirksversammlung am 26. April.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken eines verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise, worauf die Aufnahme von acht Kollegen erfolgte. Hieran schloß sich die Berichterstattung über den Gautag durch die Kollegen Pischner, Weisbecker und Janny. Eine längere Aussprache zeitigte dann die geplante Feier des 60jährigen Verbandsjubiläums. Einstimmig wurde hierzu folgender Antrag des Bezirksvorstandes angenommen: „Zur Bestreitung der Ausgaben am Jubiläum und zu einer außerordentlichen Unterstützung für die arbeitslosen Kollegen anläßlich dieses Tages sind im Monat Mai vier Extrabeiträge à 50 Pf. zu erheben." Über den Versuch, einen Abbau der Lohnzulagen vorzunehmen, wurde berichtet und diesbezügliche Ratschläge gegeben. Einige interessante Fälle fanden hierbei Erörterung.

Stuttgart. Unsre Versammlung am 28. April war sehr gut besucht. Seit unsrer letzten Versammlung starben fünf Kollegen, deren Andenken die Versammlung ehrte

Zunächst wurden verschiedene Beschlüsse zur Maifeier gefaßt. Sodann machte Kollege Schröter, der Stuttgarter Lehrlingsleiter, Mitteilung über den Veranstaltungsbesuch seiner Gruppe, den er für gut erklären konnte. Trotzdem ersuchte er die Vertrauensleute, keine Gelegenheit zu versäumen, unsre Lehrlinge auf alles, was ihrem beruflichen Wohle dient, hinzuweisen und sie zum Besuch der Veranstaltungen der Lehrlingsabteilung anzuhalten. Die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag in Berlin fand rasche Erledigung. Von acht aufgestellten Kandidaten fanden nur fünf die Unterstützung von mindestens einem Drittel der Anwesenden. Diese kommen neben sieben aus dem übrigen Gau auf die Wahlliste. Es folgte ein Vortrag des zweiten Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Alwin Brandes, über „Weltwirtschaftskrise und Gewerkschaften", der gebührende Aufmerksamkeit und ungeteilten, starken Beifall fand. Der letzte Punkt: „Besprechung der Anträge zum Verbandstag" wurde wegen vorgerückter Zeit in die nächste Versammlung verlegt.

Wittenberg. (Drucker.) In unsrer Versammlung am 9. Mai, die gut besucht war, hielt Kollege Köppe von der Firma Gebr. Hartmann (Ammendorf) zwei Vorträge. Der erste behandelte das Thema „Wie passe ich meine Farben den verschiedensten Papieren und Anforderungen an?" Der zweite behandelte das neue Filmdruckverfahren. Beide Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. Am 1. Juni dieses Jahres konnte der hiesige Druckerverein auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Wiesbaden. Unsre Aprilversammlung konnte eine Anzahl neuausgelernter Kollegen aufnehmen, die alle auch der Lehrlingsabteilung angehörten, sowie eine Wiederaufnahme vollziehen. Sämtliche Aufnahmen erfolgten einstimmig. Unstimmigkeiten in der hiesigen Druckerei „The Cologne Post and Wiesbaden Times" wurden durch den Bezirksvorstand zur Zufriedenheit der dort beschäftigten Kollegen geregelt. Einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über das Thema: „Was ist Sozialismus?" hielt in dieser Versammlung Herr Stadtrat J. Maaß. Seine wohldurchdachten und von warmer Begeisterung für die Sache getragenen Ausführungen fanden die ungeteilte Aufmerksamkeit und den Beifall der Anwesenden. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß derartige Themen ein Bedürfnis für den weitaus größten Teil der Kollegen sind. Der beste Beweis dafür war der überaus starke Versammlungsbesuch, der weit über das sonst gewohnte Maß hinausging. Die Versammlung machte sich widerspruchslos die Auffassung zu eigen, daß der § 1 unsres Verbandsstatuts abänderungsbedürftig sei, da die Belange der freien Gewerkschaften heute in eminenter Weise mit den politischen verknüpft sind. (Mit diesem Verlangen stößt man offene Türen ein. Red.) Die seither amtierenden Kartelldelegierten wurden wiedergewählt. Dem Jungbuchdruckern wurde eine Beihilfe von 50 M. zur Beschaffung von Sport- und Spielgeräten gewährt. Aussicht auf Reichsmittel führten zu dieser Bewilligung, da jedes Gesuch um staatliche Beihilfe nur dann Erfolg verspricht, wenn der Antragsteller selbst sein Nötiges dazu beigetragen hat.

Allgemeine Rundschau

Lehrlingsleiterbesprechung. Schon heute sei darauf hingewiesen, daß die auf unserm Berliner Verbandstag anwesenden Lehrlingsleiter am Montag, dem 21. Juni, abends 8 Uhr, im Sitzungssaale des Verbandshauses zu einer Besprechung zusammentreten werden. Natürlich sind auch sonstige Delegierte, die an der Lehrlingssache Anteil nehmen, dazu herzlich willkommen.

Festdrucksachen zu den Gründungsfeiern des Verbandes. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker beabsichtigt, die aus Anlaß des 60. Gründungsfestes des Verbandes von den Ortsvereinen, Bezirken und Gauen herausgegebenen Festdrucksachen zu Rundsendungen zusammenzustellen und sie der deutschen Kollegenschaft zugänglich zu machen. In einem Inserat der vorliegenden Nummer bittet er um Einsendung von je 5 Stück dieser Drucksachen. Wir ersuchen die in Frage kommenden Vorstände, der Bitte zu entsprechen. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß ebenfalls vom Bildungsverband der Austausch von Johannisfestdrucksachen übernommen worden ist. Näheres darüber enthält das schon erwähnte Inserat.

Achtung! Buchdruckergesangvereine! Die Vorsitzenden derjenigen Buchdruckersängerbünde, die Pfingsten 1926 ihre Bundessängerfeste abgehalten haben, werden gebeten, ihre Anschrift an den „Verein Gutenberg", Breslau, z. Hd. Paul Heidtmann, Breslau, Ottostraße 12, gelangen zu lassen, damit ihnen für jeden der angeschlossenen Vereine je ein Exemplar der 80 Seiten starken Festschrift des Zweiten Schlesischen Buchdruckersängerfestes Pfingsten 1926 zugesandt werden kann. Der „Verein Gutenberg" Breslau bittet um Zusendung von 12 Exemplaren der Festschrift derjenigen Buchdruckersängerbünde, die auf die Breslauer Festschrift reflektieren, um sie an die schlesischen Buchdruckergesangvereine zur Verteilung zu bringen. Auch von den Ostern stattgefundenen Sängerfesten wäre ihm der gleiche Austausch erwünscht.

Meisterprüfung. Vor der Prüfungsstelle Heidelberg legte der Setzerkollege Wilhelm Karl aus Eberbach in Baden die Meisterprüfung mit der Note Gut ab.

Rechtzeitige Besorgung von Stimmscheinen zum Volksentscheid. Am 20. Juni, dem Tage des Volksentscheids zur Abweisung der ungerechtfertigten Ansprüche der habgierigen Fürsten, darf keine einzige Stimme verlorengehen. Jeder Wähler muß seine Stimmpflicht erfüllen. Wer aus irgendwelchen Gründen am 20. Juni nicht in seinem Wohnorte anwesend ist, muß rechtzeitig an die Besorgung eines Stimmscheins denken, der es ihm ermöglicht, sein Stimmrecht an dem jeweiligen Aufenthaltsorte ausüben zu können. Für die Delegierten unsres Verbandstages sind vom Gauverein Berlin entsprechende Vorkehrungen getroffen worden, um ihnen die Stimmabgabe in verschiedenen Bezirken Berlins zu erleichtern.

Über Mitgliederwerbung im Stahlhelm. Neuerdings macht der Stahlhelm, der Bund sogenannter Frontsoldaten, durch allerlei gewerkschaftsfeindliche Umtriebe von sich reden. Namentlich wird die Stellenvermittlung eifrig zum Mitgliederfang benutzt. Daß die Stahlhelmer dabei teilweise von den christlichen Gewerkschaften unterstützt werden, bestätigt lediglich die Wahrheit des bekannten Sprichworts von den größten Kälbern, die ihre Metzger selber wählen. Wie uns mitgeteilt wurde, hielt in einem Pirnaer Betrieb, der sich anscheinend besonderer landsmännischer Begünstigungen durch den Gutenbergbundsvorsitzenden erfreut, ein 18jähriger Stahlhelmmann aus Hamborn i. W. seinen Einzug, vom Gutenbergbund direkt nach Pirna dirigiert. Der Stahlhelmjüngling erklärte unsern Kollegen, daß der Stahlhelm niemand im Stiche lasse und zeigte dabei die Zeitung „Kameradenhilfe", worin durch ein Inserat 15 Buchdrucker aller Sparten gesucht wurden. Durch diesen Vorgang wird im allgemeinen das bestätigt, was unlängst im „Berliner Tageblatt" über die „soziale" Tätigkeit des Stahlhelms von einem Eingeweihten als Warnung mitgeteilt wurde. Bei der Werbearbeit wird dem Unternehmer gegenüber versichert, daß die durch den Stahlhelm vermittelten Arbeiter „zuverlässiger" als andre Arbeiter seien und vor allem keine Streiks bei Lohnkämpfen unternähmen. Diese Stellenvermittlung ist zu einer Hauptaufgabe der „sozialen Tätigkeit" des Stahlhelms geworden, und das „Stahlhelmführerhandbuch" gibt eingehende Anweisungen hierzu, aus denen folgendes mitgeteilt wird: „Die Arbeitsvermittlung, die für uns gesetzlichen Beschränkungen unterliegt, ist grundsätzlich Angelegenheit der Ortsgruppen, die Gaue sind Ausgleichsstellen und kommen auch besonders für Vermittlung von Arbeitsstellen auf dem Lande in Betracht. In den Mitteilungsblättern der Ortsgruppen werden zweckmäßig Aufrufe erlassen, in denen die Kameraden aufgefordert werden, ihren Stahlhelmkameraden bei Beschaffung von Arbeit behilflich zu sein. Die Bundesleitung hat mit verschiedenen Spitzenverbänden verhandelt, um den Ortsgruppen ihre Tätigkeit zu erleichtern und zu fördern; sie wird noch weitere Verhandlungen führen. Die Bundesleitung ist schon jetzt in der Lage, nicht nur einzelne Kameraden, sondern ganze Trupps, die in geeigneter Weise zusammengestellt sind, gemeinsam unterzubringen. So zum Beispiel aus landwirtschaftlich vorgebildeten Kräften bestehende Schnittertrupps; auch weibliche Arbeitskräfte sind heranzuziehen. In allen solchen Fällen ist zunächst mit der Abteilung für soziale Arbeit beim Bunde die Verbindung aufzunehmen." Diese Stellenvermittlung des Stahlhelms hat in einer Anzahl kleiner Industriestädte einen solchen Einfluß, daß heute Arbeiter dem Stahlhelm beitreten, weil sie hoffen, auf diese Weise leichter Arbeit zu erhalten. Außerdem wird noch solchen Arbeitern, die aus „sich links entwickelnden Interessenvertretungen" ausscheiden und sich „schwarzweißroten Interessenvertretungen" anschließen, besondere Unterstützung versprochen. Bemerkenswert ist hierbei, daß unter den „schwarzweißroten Interessenvertretungen" auch die christlichen Gewerkschaften angeführt werden! Ein weiterer Teil der „sozialen Arbeit" des Stahlhelms ist die Werbung für die Technische Nothilfe. Jedes Mitglied, das in den Stahlhelm eintritt, wird gleichzeitig auch zum Eintritt in die Technische Nothilfe angehalten, ganz gleich, ob es sich dabei um Front-Stahlhelm, Jung-Stahlhelm oder Landsturm-Stahlhelm handelt. Gar nicht eindringlich genug kann den Mitgliedern der freien Gewerkschaften geraten werden, auf diese Manöver der gelben Stahlhelmer ein wachsames Auge zu richten. Nach den furchtbaren Erfahrungen des Weltkrieges gehört eine geradezu polizeiwidrige Dummheit dazu, den Zurufen des Stahlhelms zu folgen und ein neues „Stahlbad" herbeizusehnen. Die ganze „soziale Tätigkeit" des Stahlhelms läuft lediglich auf plumpen Mitgliederfang hinaus, in ihrer praktischen Auswirkung aber ist sie „für die Katz". Ein Skandal ist es allerdings, daß christliche Gewerkschaften den Stahlhelmern noch Helfersdienste dabei leisten.

Wirtschaftsenquete und Gewerkschaften. Am 7. Juni d. J. tritt der durch das Gesetz vom 15. April 1926 angeordnete, von der Regierung und den in Frage kommenden Körperschaften berufene Ausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammen. Das Arbeitsgebiet dieses Ausschusses erstreckt sich auf die „Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft". Eine gewaltige Aufgabe, die hier einem engeren Kreise von rund 30 Personen zur Bewältigung überlassen wird. Die Gewerkschaften werden die Arbeiten dieser Enquetekommission zweifellos mit großem Interesse verfolgen. Fast das gesamte Tätigkeitsgebiet dieser Kommission ist für den gewerkschaftlichen Kampf sehr wichtig. Überdies ist es im Gesetz bereits vorgesehen, daß die Frage der Arbeitszeit und Arbeitsleistung eine besondere Berücksichtigung erfahren soll. Bestimmte Teile der Industrie, vor allem jene aus dem Bereich der Zechen und Hütten, hatten mit allen Mitteln versucht, diese Durchleuchtung der deutschen Wirtschaft von „Unberufenen" zu verhindern. Dennoch siegte bei der Regierung die Vernunft, nicht zuletzt auf das energische Drängen der politischen Vertretungen der Arbeiterschaft in den Parlamenten. In der deutschen Wirtschaft gibt es kein Beispiel, wo ein Maßstab für die Bedeutung und Auswirkung einer solchen umfassenden Wirtschaftsenquete anzulegen wäre. Andre Länder, vor allem England und Amerika, sind in dieser Beziehung bedeutend weiter. Dort wurde die „Durchleuchtung" der Wirtschaft zu verschiedenen Malen vorgenommen. Hierbei mag daran erinnert werden, daß der Deutsche Reichstag erst seit der Umwälzung ein Enquetenrecht hat, während die englischen Parlamente ein solches seit langem besaßen und zu handhaben wußten. Der deutsche Ausschuß wird auf Grund der Gesetzesbestimmungen vom 15. April 1926 von der Reichsregierung ernannt. Die Regierung hat das Recht, ihrerseits neun Mitglieder zu bestimmen. Der Reichstag und der Reichswirtschaftsrat bestimmen die gleiche Zahl, außerdem kann dann der Ausschuß sechs Mitglieder der Regierung zur Berufung vorschlagen. Die Mitglieder des Ausschusses besitzen die Immunität der Reichstagsabgeordneten. Die Reichsregierung bestimmt den Vorsitzenden des Ausschusses, nachdem sie sich mit diesem ins Benehmen gesetzt hat. Der Vorsitzende ist Nichtmitglied des Ausschusses und Beauftragter und nicht Vertreter der Regierung. Stimmrecht steht dem Vorsitzenden nicht zu. Aber im übrigen verfügt er über ganz einschneidende Befugnisse. Für jeden Staatsbürger besteht die Verpflichtung, ein Gutachten zu erstatten und Aussagen zu machen, die der Ausschuß für erforderlich hält. Der Vorsitzende hat das ausschließliche und nicht übertragbare Recht, die Auskunfts- und Gutachtenpflicht zwangsweise durchzuführen. Wegen Nichterscheinen, Nichterstattung von Gutachten oder bei einer hierbei eintretenden Unpünktlichkeit kann der Vorsitzende eine zweimalige Geldstrafe bis zu 2000 M. verhängen. Das dem Vorsitzenden innewohnende Recht der eidlichen Vernehmung kann er auch auf andre Mitglieder des Ausschusses übertragen. Geschäftsordnung und Arbeitsplan des Ausschusses wird von diesem selbst im Benehmen mit der Reichsregierung festgesetzt. Als Vertreter der modernen Arbeiterbewegung im Ausschuß wurden bisher genannt: Dr. Rudolf Hilferding (Stellvertreter Robert Schmidt) und Dr. Baade, ferner die Gewerkschaftsgenossen Wilhelm Eggert und Fritz Tarnow als Mitglieder des Reichswirtschaftsrats.

Gemeinden als Mitglieder von Konsumvereinen. Das Stadtverordnetenkollegium in Chemnitz hat mit Mehrheit den Beitritt der Stadt Chemnitz zum Allgemeinen Konsumverein für Chemnitz und Umgegend beschlossen. Ferner ist die Gemeinde Ober-Roden, Kreis Dieburg (Hessen), dem Konsumverein für Sprendlingen und Umgegend als Mitglied beigetreten.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Holstenwall 8, welcher den Lesern unsres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln kostenlos erteilt.

Patentanmeldungen:

(veröffentlicht im „Patentblatt" vom 29. April 1926):

Kl. 15a K. 91 406 Gebr. Klingspor, Offenbach, „Gießmaschine, bei welcher der an seinem Ende die Typenzange tragende Deckel zwischen Anschlagschrauben hin und her bewegt wird."

Kl. 15d L. 60 684 Linotype and Machinery Limited, London, „Rotationsgummimaschine".

Kl. 15d M. 77 526 Miehle Printing Press and Manufacturing Company, Chicago, „Farbwerk für Druckpressen".

Patenterteilungen:

Kl. 15c 420 107 Maschinenfabrik Winkler Fallert & Co., A.-G., Bern, „Gießmaschine für Stereotypplatten".

Kl. 15d 420 108 Gustav Fischer, Bielefeld, „Gummidruckschnellpresse mit zwei zwischen die ebene Hochdruckform und den Druckzylinder eingeschalteten Übertragungszylindern".

Kl. 15d 420 288 Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Cie., A.-G., Frankenthal, Pfalz, „Falzklappenzylinder für Rotationsdruckmaschinen".

Kl. 15e 420 174 The National Cash Register Company Dayton, „Maschine zum Reinigen und Trocknen von Druckwalzen u. dergl. mittels ortsfest gelagerter Walzenpaare".

Gebrauchsmuster:

Kl. 15a 946 045 Willy Reinecke, Leipzig-Schönfeld, „Vorrichtung zum Entgraten von Setzmaschinenmatrizen".

Literarisches

„Die lithographischen Verfahren und der Offsetdruck." Von Otto Krüger. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig. Umfang 17 Bogen Oktavformat mit 130 Abbildungen und 20 größeren, farbigen Tafeln. In Leinen gebunden 18 M. Abermals hat es ein erfahrener Fachmann unternommen, den Steindruck und Offsetdruck in all seinen Phasen zu schildern. Man muß gestehen, daß es dem Verfasser durch seine knappe und klare Ausdrucksweise gelungen ist, auch dem weniger Eingeweihten das Wesen dieser Druckverfahren so verständlich zu machen, daß er auch wirklich Nutzanwendung daraus ziehen kann. Es ist und will auch kein Lehrbuch im engeren Sinne sein, sondern es soll dem Druckereileiter, dem Buchgewerbler und dem Drucksachenbesteller vor Augen führen, welche Anforderungen gestellt werden dürfen und welche Mängel in den einzelnen Fällen die gegebene ist. Das Buch hat durch eine geschickte Bebilderung sehr an Wert gewonnen. So ist z. B. die Wiedergabe von Steinautotypien in sechs verschiedenen Rasterweiten und die Abbildung der Moirebildung, des Kornrasters sowie der Steinautos nach Korn- und Bleistiftzeichnungen, nach Ölbildern und Aquarellen usw. ein sehr glücklicher Gedanke gewesen. Diese bildlichen Darstellungen erwecken viel mehr Verständnis, als es das gedruckte Wort vermag. Das Aneinanderreihen der einzelnen Arbeitsvorgänge der Photolithographie, die heute noch die Seele des Flachdrucks ist, wird ebenfalls verständlich geschildert. Mit Gründlichkeit werden die Möglichkeiten des Offsetdruckes aufgezeigt und durch technisch vollendete farbige Tafeln vor Augen geführt. Aber auch die Grenzen dieses Druckverfahrens werden aufgedeckt und die irrige Auffassung zerstreut, daß sich jede Arbeit im Offset vorteilhafter und besser herstellen läßt. Ein Druckverfahren, das nur Vorteile bietet, gibt es nach Ansicht des Verfassers nicht, und darin wird ihm jeder Kundige zustimmen. Beim Druck von Steinautos und speziell bei Dreifarbenautos machen sich alle schwachen Seiten des Offsetdruckes bemerkbar; denn der haargenaue Passer ist durch das elastische Gummituch fast unmöglich. In einem weiteren Abschnitt werden die Offsetmaschinen behandelt. Den Schluß bildet ein kurzer, aber interessanter Ausblick über die weitere Entwicklung des indirekten Druckverfahrens. Obwohl der Bau der Druckmaschinen und der eigentliche Druckvorgang als so gut wie abgeschlossen betrachtet werden können, bleibt bei der Druckplattenherstellung noch ein großes Problem zu lösen übrig; denn der Umdruck und die Photolithographie arbeiten noch nicht zwangsläufig genug. In Amerika ist man dabei, das Problem durch mechanische Kopierverfahren zu lösen. Die hierzu nötigen Apparate sollen aber sehr teuer sein. Die Aufmachung des Buches und die Drucklegung, die durchweg in Offset erfolgt ist, steht geschmacklich und technisch auf hoher Stufe und ist ein schöner Beweis für die Leistungsfähigkeit der Firma Brockhaus.

„Die Arbeit". Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 3. Jahrgang, Heft 5, 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M. Die Gewerkschaftsbewegung kann den großen Aufgaben, die sie als Trägerin wirtschaftsrechtlicher und wirtschaftspolitischer Forderungen, als Vorkämpferin umfassender sozial- und kulturpolitischer Gedanken zu lösen hat, nur gerecht werden, wenn sie sich in jedem Stadium ihrer Entwicklung über die geschichtlichen Zusammenhänge klar ist, in denen sie wirkt. Die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaft im Sinne ihrer Ziele ist die große Aufgabe der Gewerkschaften. Dementsprechend ist die Kenntnis der kapitalistischen Wirtschaft, der Veränderungen, die in ihr vorgehen, eine notwendige Voraussetzung zielbewußter gewerkschaftlicher Tätigkeit. Das uns vorliegende neunte Heft der „Arbeit" trägt dieser Erkenntnis in hervorragendem Maße Rechnung. In dem Hefte finden die Leser eine geschichtliche Analyse der jüngsten Etappe des Kapitalismus" aus der Feder des berühmten Freiburger Nationalökonomen G. von Schulze-Gävernitz, die in dem Gedanken ausmündet, „daß das privatwirtschaftliche Monopol der gemeinwirtschaftlichen Planmäßigkeit den Weg bereitet." Eduard Heimann, dessen wirtschaftstheoretische Arbeiten in den Kreisen der Gewerkschaften bekannt sind, legt in eindringlicher Untersuchung dar, daß der Klassenkampf nicht „theoretisch ersonnen" und deshalb nicht „rational abschaffbar" ist, sondern daß vielmehr „die leidenschaftliche Aufwallung gegen das Unrecht der Auslösung aus der Gemeinschaft" in ihm zum Ausbruch kommt. Die „Zukunftsprobleme der Reparation", denen Gerhard Breitscheid einen weit angelegten Aufsatz widmet, werden sehr bald auch die Gewerkschaften intensiver beschäftigen. Dr. Judith

Grünfeld zeichnet in einem auf reiches Material gestützten Artikel die Entwicklung der Vereinigten Staaten aus einem Schuldnerland zu einem Gläubigerland erster Ordnung. Lothar Erdmann bringt in einem Aufsatz „Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft" die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der allgemeinen Einstellung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu dieser Frage zur Darstellung. Otto Albrecht begründet in einem Aufsatz „Vom Boden als Vermögenssteuerobjekt" die Forderung, den Boden als ein besonderes Steuerobjekt zu behandeln. Die Rundschau bringt außer einer „Wirtschaftspolitischen Chronik" eine wertvolle Zusammenstellung über die ausländischen Effektengesellschaften, die als Kreditgeber der deutschen Wirtschaft in der letzten Zeit eine bedeutende Rolle spielen. Erwähnung verdient noch ein Artikel von Gertrud Hanna über „Kinderarbeit in der Landwirtschaft".

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands und sein soziales Wirken. Ebenso wie der Buchdruckerverband hat auch der Verband der Buchbinder zur Disseldorfer „Gesolei"-Ausstellung eine Denkschrift erscheinen lassen, in welcher das soziale Wirken des Verbandes von Anbeginn seiner Tätigkeit bis zur Gegenwart geschildert wird. Neben den Erfolgen auf tariflichem Gebiet werden noch seine Unterstützungseinrichtungen eingehend geschildert, unter Gegenüberstellung der früheren und der jetzigen Verhältnisse. In dem geschmackvoll ausgestatteten Heft, das in der Buchdruckwerkstätte unsres Verbandes hergestellt worden ist, sind im Text Abbildungen der auf der „Gesolei" ausgestellten Bilder wiedergegeben, die das soziale Wirken des Buchbinderverbandes veranschaulichen. Interessenten erhalten die 46seitige Broschüre vom Buchbinderverband in Berlin C 2, Neuer Markt 8—12 IV, bereitwilligst zugesandt.

Verschiedene Eingänge

„Archiv für Buchgewerbe und Gebrauchsgraphik". Zeitschrift des Deutschen Buchgewerbevereins zu Leipzig. 63. Jahrgang. Heft 2, 1926.

„Der moderne Buchdrucker." Heft 4, 1926. Herausgegeben von der Mergenthaler Setzmaschinenfabrik, G. m. b. H., Berlin N 4.

„Deutscher Buch- und Steindrucker." Illustrierte Monatsschrift für die graphischen Künste und die Reproduktionstechnik. 32. Jahrgang. Heft 4 (Zeitungstechnik). Verlag Berlin SW 61, Hagelberger Straße 40.

„Buch- und Kunstdruck." Monatsschrift für graphische und verwandte Gewerbe. Heft 5, 1926. 26. Jahrgang. Verlag Harfsen & Ko. in Hamburg 36. Preis 50 Pf.

„Die Bücherwarte." Zeitschrift für sozialistische Buchkritik. Mit Beilage Arbeiterbildung. Herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Heft 5, Preis des Einzelheftes 75 Pf. Im Postbezug vierteljährlich 1,50 M. (drei Hefte).

„Ikarus." Monatshefte für Naturkenntnis und Gesellschaftslehre. Heft 8. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H. in Jena.

„Gewerkschaftsarchiv." Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing. Verlag Gewerkschaftsarchiv, Jena. 3. Jahrgang. Heft 6.

Briefkasten

C. St. in **Tr.** und **W. M.** in **Schn.**: Diese Angelegenheit müssen wir mit dem Artikel in Nr. 42 für den „Korr." als abgeschlossen gelten lassen. Denn in den nächsten vier bis fünf Wochen besteht keine Aussicht für Aufnahme solcher Artikel. — **G. N.** in **D.**: Wollen sehen, was sich machen läßt; Stoffandrang außerordentlich groß. — **O. R.**, **M. St.**, **R. G.** in **P.** und **B. H.** in **Flm.**: Wird aufgenommen. — **e** in **St.**: „In eigner Sache" wollen wir auf sich beruhen lassen; der andre Artikel wird aufgenommen; jedoch nur mit vorstehender Signierung, um falsche Schlußfolgerungen zu vermeiden. — **O. L.** in **Kellinghausen**: Der Bericht über die dortige Jubiläumsfeier liegt uns in dreifacher Ausfertigung vor. — **H. N.** in **Braunschweig**: Karte traf zu spät ein. — **H. G.** in **Barchim i. M.**: Reisebandbuch für Deutschlands Buchdrucker. Preis 3 M. Zu beziehen von der Geschäftsstelle des Bildungsverbandes, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. — „**Reichenbacher Tageblatt**": Vollständig Ihrer Meinung. Nur müßte die Mahnung, derartige schwache Kräfte dem Beruf fernzuhalten, an die Adresse der Prinzipale gerichtet werden.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf: Amt Hasenheide Nummern 3141—3145. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin S 14, Wallstr. 65. Postscheckkonto: Berlin Nummer 1023 87 (B. Schweinitz).

Statistikkarten einsenden!

Spätester Einsendungstermin für Mai 8. Juni. Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen: 29. Mai. Auf richtige Frankierung der Statistikkarten ist zu achten.

Gau Frankfurt-Hessen. (Delegiertenwahl zum Verbandstag.) Wahlkreis Frankfurt a. M. Abgegeben 1400 Stimmzettel, davon 62 ungültig, 1338 gültig, absolute Mehrheit 660 Stimmen. Es erhielten: Emil Dornis 1001, Wilhelm Schuchhardt 837, Georg Bernhard 795, Wilhelm Wänert 771, Fritz Hellinger 514 Stimmen. — Wahlkreis Kassel. Abgegeben 442 Stimmzettel, davon 9 ungültig, 433 gültig, absolute Mehrheit 217. Es erhielten: Karl Heinze 331, August Brinkmann 102 Stimmen. — Wahlkreis Fulda-Gießen-Hanau-Marburg-Offenbach. Abgegeben 640 Stimmzettel, davon 24 ungültig, 616 gültig, absolute Mehrheit 309. Es erhielten: Nikolaus Hillenbrand (Fulda) 525, Fritz Euler (Hanau) 477, Artur Rautenberg (Hanau) 226 Stimmen. Die Kollegen, deren Namen gesperrt sind, wurden als Delegierte gewählt.

Gau Ostpreußen. Die Sperre gegen die Ortelsburger Verlagsdruckerei in Ortelsburg wird aufgehoben. Der Konflikt ist beigelegt.

Oranienburg. Der Setzer Karl Sorg (Hauptbuchnummer 20 220), angeblich in Berlin in Kondition, wird hierdurch aufgefordert, seine Reste zu bezahlen, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Adressenveränderungen

Rendsburg. Kassierer: Walter Luth, Deverseestraße 8 I.

Rottweil am Neckar (Württemberg). Vorsitzender: Lorenz Schab, Neutorstraße 5; Kassierer: Rupert Steinwandel, Obere Hochmalenstraße 17.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im **Gau Hamburg-Altona** die Setzer 1. August Brendel, geb. in Hamburg 1886, ausgel. das. 1921; 2. Ernst Liese, geb. in Hamburg 1886, ausgel. das. 1915; waren schon Mitglieder. — Fr. Runyler in Hamburg, Besenbinderhof 57 II.

Im **Gau Schlesien** die Drucker 1. Edgar Schmidt, geb. in Herchlingen 1904, ausgel. in Jossen bei Berlin 1923; war noch nicht Mitglied; 2. Erich Kalusche, geb. 1900, ausgel. in Zobten a. Berge 1918; 3 der Setzer Gerhard Birk, geb. in Markt Bohrau 1902, ausgel. in Nimptsch 1920; waren schon Mitglieder. Anfragen an Karl Fiedler in Breslau I, Margaretenstraße 17.

In der **Sektion Solothurn** der Setzer Paul Loeb aus Reflach (Solothurn), geb. 1894; war früher Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. — Einwendungen innerhalb 14 Tagen an den zuständigen Sektionsvorstand. F. Juchli.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Celle. Vom 1. Juni d. J. an wird für Durchreisende das Umschauen bei den Kollegen aufgehoben. Plattikum wird vom Ortskassierer, F. Heuch, in der „Celleschen Zeitung", Mauerstraße 30, ausgezahlt. Das Umschauen bei den Prinzipalen wird hiervon nicht berührt.

Dortmund. Der am 23. Mai 1926 auf die Reise gegangene Drucker Georg Barthel (Hauptbuchnummer 109 594) wird ersucht, seiner Familie (Frau und zwei kleinen Kindern) sofort Nachricht zu geben, wo er sich aufhält, da seine Familie in großer Not und Sorge ist. Die Funktionäre werden gebeten, B. auf diese Nachricht aufmerksam zu machen. Nachricht erbeten an Frau Georg Barthel, Lütgendortmund, Harpener Straße 72, oder an den Kassierer Aug. Kopfsieker, Ackerstraße 21.

Erfurt. Dem Setzer Richard Sander, geb. 18. 4. 98 in Schladen (Kr. Goslar), ausgel. 1916 in Essen, ist angeblich das Verbandsbuch (ausgestellt in Duisburg unter der Nr. 9067) und die Reiselegitimation abhanden gekommen (gestohlen oder verloren), und zwar auf der Strecke von Königsee (Thür.) bis Suhl. Beim Vorzeigen ist beides abzunehmen und nach hier einzusenden.

Heilbronn. Der Kollege Alfons Metzger, Stereotypeur, geb. in Reutlingen (Hauptbuchnummer 72 006), wird gebeten, seinen Verpflichtungen, die er in Heilbronn noch zu erledigen hat (M. 37,75 und Schlüssel), nachzukommen, andernfalls Klage gegen ihn erhoben wird. Die Funktionäre werden gebeten, den Kollegen von dieser Notiz in Kenntnis setzen zu wollen.

Oldenburg i. O. Die Reisekassenverwalter werden gebeten, den von hier am 28. Mai 1926 auf die Reise gegangenen Drucker Alfred Menzel aus Brieg (Hauptbuchnummer 126 383) aufzufordern, den Betrag von 18 M., um welchen er einen hiesigen Kollegen geprellt, umgehend an nachstehende Adresse einzusenden. Andernfalls wird Ausschluß beantragt. Heinrich Lüßenhop, Stedinger Straße 41.

Versammlungskalender

Berlin. (Maschinensetzer.) Sonntag, den 6. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, Vereinsversammlung im „Gewerkschaftshaus", Saal 4, Engelufer 24/25.
— Korrektorenversammlung Sonntag, den 6. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus", Alexandrinenstraße 44.

Bernburg. Versammlung Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, in der „Tanne".

Delitzsch. Versammlung Mittwoch, den 9. Juni, abends pünktlich 8½ Uhr, in der „Elberühmühle".

Dresden. Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 6. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Senefelder", Kaulbachstraße 29: Vortrag.

Merseburg. Monatsversammlung Sonnabend, den 5. Juni, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Preußischer Adler".

Anzeigengebühren: die siebengespaltene Nonpareillezeile 20 Pfennige für die Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und für Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 30 Pfennige. Rabatt wird auf diese Preise nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächsterscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent" möglichst nur durch Einzahlung auf das Postscheckkonto Berlin NW Nr. 26810

EIN SÜDDEUTSCHER KUNSTHISTORIKER
schrieb nachdem er das jüngste Werk der Büchergilde Gutenberg, »Das Totenschiff«, gelesen hatte, das Folgende an die Schriftleitung der Gilde:

»Mit ehrlicher Bewunderung und Freude haben bisher wir süddeutschen Bücherfreunde die einzelnen Gaben der Büchergilde – immer behutsam wie ein Festgeschenk – in die Hände genommen . . . immer haben wir restlos anerkannt und uns darüber gefreut, daß bei allem Streben, mit dem Zeitgeist in gutem Sinne Schritt zu halten, immer ein vornehm zielbewußter Wille zu erkennen war, die Steigung dieses in die Höhe führenden Pfades so zu gestalten, daß jeder, der guten Willens ist, noch mitkommt... Ich habe immer beobachtet, daß ein neues Buch der Büchergilde einen echten sonnigen Festtag für die Arbeiterschaft in der Provinz bedeutet... Es ist mehr als »Volksbildung«, was hier geboten wird... es ist ein heiliger Versuch, die verbitterte Arbeiterseele wieder froh und frei – im wahren Sinne – zu machen.«

Darum werdet und werbt Mitglieder, Kollegen! Je mehr wir sind, desto Besseres kann durch die Büchergilde Gutenberg geboten werden

Johannisfestdrucksachen-Austausch

Wir übernehmen auch in diesem Jahre den Austausch von Johannisfestdrucksachen. Teilnehmergebühr für Vereine, die mindestens 150 Drucksachen einsenden, 2,— M., ohne Einsendung von Drucksachen 3,— M., Einsendungsschluß Ende Juli. Wir bitten um rege Beteiligung. — Zugleich bitten wir die Orts- und Gauvereine des Verbandes der Deutschen Buchdrucker um Überlassung von Drucksachen, die aus Anlaß der

60. Gründungsfeier des Verbandes

hergestellt sind. Erwünscht sind fünf Stück von jeder Drucksache. Für freundliche Unterstützung danken wir im voraus.

Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker
Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

Am 3. Februar erschien in vollkommen neuer Bearbeitung:

„Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe"

8. Auflage, von J. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Buchdruckpreistarifs, Ausgabe März 1925, 6,30 M., bei Voreinsendung, 6,60 M. per Nachnahme. **J. B. Lindl, München,** Rumfordstraße 27, Postscheckkonto 910. [29

Linotypesetzer

nicht Anfänger, zuverlässig in Fraktur und Antiqua, gewissenhafter Arbeiter, gesucht.
Angebote unter Nr. 333 an den „Korr.", **Berlin SW 61,** Dreibundstraße 5.

Setzerstereotypeur

jüngerer, für Flach, mit allen Arbeiten bestens vertraut, in Dauerstellung gesucht. [349
Buchdruckerei Birkenmaier, München, Liebherrstraße 5.

Maschinenmeisterstelle besetzt!
Allen Bewerbern besten Dank.
Volkszeitung Meißen.

Textmeisteur

30 Jahre alt, firm in allen Satzarten, auch fremdsprachl. Werke, Tabellensatz, Akzidenzen, Inserate, an selbstständiges Arbeiten gewöhnt, sucht für sofort Stellung.
Gefällige Offerten unter Nr. 353 an die Geschäftsst. des „Korr.", **Berlin SW 61,** Dreibundstr. 5.

Bezirksmaschinenmeisterverein Karlsruhe in Baden

Am 24. und 25. Juli im „Colosseum", Waldstraße:

Badischer Druckertag

und 40jähriges Jubiläum des Bezirksmaschinenmeistervereins Karlsruhe.

Festfolge:

Sonnabend, 24. Juli, nachm. ½3 Uhr: Eröffnung einer Werbeausstellung für das Buchdruckgewerbe in der Landesgewerbehalle. — Nachm. 4 Uhr: Vorständekonferenz des Kreises Karlsruhe im Vereinslokal „**Goldener Adler**", Karl-Friedrich-Straße. — Abends 8 Uhr: Jubiläumsfeier im großen Saale des „**Colosseums**", Waldstraße. Ehrung der Jubilare, Konzerte, Ball.

Sonntag, 25. Juli, vorm. ½10 Uhr: Begrüßung, Referat des Kollegen Bruno Ackermann über „Spartenorganisation und technische Entwicklung", Musik, Gesang. ½1 Uhr: Gemeinsames Mittagessen. — Nachm. 2 Uhr: Besichtigung der Werbeausstellung. — Nachm. 4 Uhr: Großes Gartenfest im sämtl. Räumen des „**Kühlen Krugs**".

Wir laden alle Kollegen von nah und fern zu dieser Veranstaltung herzlichst ein. Anfragen und Mitteilungen über Teilnahme, Übernachten usw. sind zu richten an Kollege Breddin, Augartenstr. 95 I.

Der Vorstand und Festausschuß J. A. **Franz Feichtiger.**

Kollegen

auch euch sei es vergönnt, an Sonn- und Feiertagen sich dem gesunden, schönen Rudersport zu widmen, dem „Wandern" auf Flüssen und Seen, nur meinem konkurrenzlos billigen und doch stabilen [335

Zwei-Sitzer-Paddelboot

Verlangen Sie heute noch gratis Prospekt mit Preisliste.

J. Scheffold, Mosbach in Baden.

Jüngeren Maschinenmeister

in Dauerstellung suchen [350
Vereinigte Druckereien, Zittau i. Sa.

Maschinenmeister

für Werk- und Plattendruck gesucht. Nur durchaus erfahrene Herren mit längerer Praxis wollen sich unter Beifügung von Zeugnisabschriften melden. [355
Julius Beltz, Langensalza.

Bunt- und Illustrationsdrucker für Qualitätsarbeiten, 22 J. alt, ledig, selbständig, gewissenh. u. zuverl., bew. an Zweitourenmasch. u. an Rotary-Apparat, sucht Stell. i. größ. Haus zwecks Weiterbild. Gefl. Angebote erbeten unter Nr. 356 an die Geschäftsstelle des „Korr.", **Berlin SW 61,** Dreibundstraße 5.

Die Anzeigen- u. Drucksachen-Werbearbeit! 80 Seiten st. Viele Beisp. u. Anregungen für erfolgreiche Werbearbeit, 3 M. fr. Verlag **A. Stöldt, Erfurt,** Langebrücke 33. Postscheck Erfurt 6686.

300 Silb. stenogr. jed. Stolze-Schr. mit leicht. nach dem System „Sten. Höchstleist.". Fahlr. Anerk. prakt. Sten. 1,60 M. fr.

Festdrucksachen

(Buch und Karte) vom Achten Rhein.-Westf. Buchdruck erfängertage gegen Einsendung von 70 Pf. erhältlich. [352
W. van der Maesen, Barmen, Hochstr. 24.

Buchdruckermützen

Maschinensetzer-

Werkzeugkasten mit Inhalt lief. **Max Voigt, Leipzig-Stötteritz,** Papiermühlstr. 5, II. Preisl. frei.

Setzerkittel

wegen Aufgabe nur
5,80 M.
in blau u. blau-weiß gestr. noch alle Größen vorrätig
H. Schleede, Plau i. Mecklbg.,
Berufskleidungsfabrikation

Schweinsköpfe

geräuchert, m. dickem Fleischbacke, monatel. haltb., 9 Pfd. 5,20 M. 30 Pfd. Schweine-Kleinst. 8,70 M.
9 Pfd. rote Kugelkäse 3,80 M.
9 Pfd. rote Tafelkäse . 3,80 M.
9 Pfd. gelbe Broden . 3,80 M.
9 Pfd. Allister Art. . . 5,70 M.
9 Pfd. dän. Edam. Fett 7,40 M.
9 Pfd. dän. Tafel Fett 7,40 M.
9 Pfd. dän. Holl. Fett . 6,75 M.
9 Pfd. dän. Schweiz. F. 9,45 M.
200 Harzer Käse . . . . 3,00 M.
freibl. ab hier Nachnahme
H. Krogmann, Norderf (Holst.) Nr. 349

Bis 5 Jahre tägl. Tragfähigkeit
Der billigste Geschäftsanzug
Loden in modernen Farben 40% unt. Ladenpr.
Elegante Straßen- od. Wanderanzüge nach eigenen Maßen –

1a Schneiderarbeit auf Wollserge und Leinen gearbeitet, 42, 47, 49, 53, Höchstpreislage 68,—.
Lodenmäntel
Nur dopp. Abfüttern: 17,— (33,— g. r. Wolle). Verl. Sie Katalog, Must. u. Maßanleitung. Zahlreiche Anerkennungen von Kolleg. Lieferant v. Beamt. Vereinen.
Lodenversandhaus **W. Milrow, Bielefeld**

Es verstarben unsere lieben Kollegen: am 10. Mai der Setzerinvalide [348
Siegmund Gumpel
aus Altona; am 27. Mai der Setzerinvalide
H. H. J. Hadler
aus Hamburg; am 30. Mai der Schriftsetzer
Friedrich Lewinsky
aus Leipzig; am 31. Mai der Drucker
Willy Hammes
aus Koblenz.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 27. Mai verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzerinvalide [358
Hermann Hadler
im 71. Lebensjahre.
Wir betrauern einen lieben Freund, der über 50 Jahre dem Verbande angehörte, und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Das technische Personal der „Hamburg. Nachrichten".

Am 30. Mai verstarb nach langem, auf den Krieg zurückzuführendem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer [359
Rud. Ganswindt
Sein ehrenhafter Charakter, sein kollegiales Wesen sichern ihm bei allen Kollegen ein dauerndes Gedenken.
Die Kollegen der Firma Otto Elsner K.-G. (Akzidenzabteilung) **Berlin S 42.**

Verlag: Treuhandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. + Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Helmholz, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5
Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. + Fernruf für den „Korrespondent": Berlin, Amt Hasenheide Nummer 3141 bis 3145. + Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5